

Unterrichtung

**durch die deutsche Delegation in der Parlamentarischen Versammlung
des Europarates**

**über die Tagung der Parlamentarischen Versammlung des Europarates
vom 11. bis 15. Mai 1981 in Straßburg**

Während der Mai-Tagung (Erster Teil der 33. ordentlichen Sitzungsperiode) erörterte die Parlamentarische Versammlung des Europarates Berichte, behandelte die üblichen geschäftsmäßigen Vorgänge und verabschiedete Empfehlungen und Entschließungen, die sich mit folgenden Themen befaßten:

- **Tätigkeitsbericht des Präsidiums**, des Ständigen Ausschusses sowie des Ausschusses für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten und zur Öffentlichkeit
- **Bericht des Ministerkomitees**
Schriftliche Fragen von Abg. Pensky (S. 16)
- **Politische Fragen** (Die Lage in der Türkei; Die Allgemeine Politik des Europarates — Die Beziehungen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten — Die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa; Die Verwirklichung der Schlußakte von Helsinki)

Hierzu sprachen die Abg. Dr. Freiherr Spies von Büllesheim (S. 17), Dr. Geßner (S. 17f.), Dr. Vohrer (S. 18f., 21), Dr. Bardens (S. 19), Dr. Holtz (S. 19f.), Rösch (S. 20f.), Reddemann (S. 22), Jäger (Wangen) (S. 22f., 26), Manning (S. 23f.), Pensky (S. 24f.), Schmidt (Würgendorf) (S. 25).

Beschlüsse der Versammlung

Richtlinie 398 betr. die Lage in der Türkei (S. 21f.)

Richtlinie 399 betr. die Dauer des Mandats der türkischen parlamentarischen Delegation (S. 22)

Entschließung 749 betr. die Beziehungen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten (S. 26 f.)

Entschließung 750 betr. die Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (S. 27)

- **Wirtschaft und Entwicklung** (Globale Perspektiven: Bedürfnisse der Menschheit und Ressourcen der Erde; Energie und Wirtschaft)

Hierzu sprachen die Abg. Dr. Vohrer (S. 4 f., 12 f.), Dr. Holtz (S. 5 f.), Dr. Müller (S. 6 f.), Lenzer (S. 11 f.)

Beschlüsse der Versammlung

Entschließung 747 betr. Globale Perspektiven: Bedürfnisse der Menschheit und Ressourcen der Erde (S. 8 ff.)

Entschließung 748 betr. Energie und Wirtschaft (S. 13 ff.)

- **Gesundheit und Sozialfragen** (Schutz der Arbeitnehmer bei Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers)

Hierzu sprach Abg. Büchner (Speyer) (S. 15 f.)

Beschluß der Versammlung

Empfehlung 919 betr. den Schutz der Arbeitnehmer bei Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers (S. 16)

- **Haushalt** (Haushaltsentwurf der Versammlung für 1982)

Beschluß der Versammlung

Stellungnahme 397 betr. den Haushaltsentwurf der Versammlung für 1982

- **Flüchtlinge** (Die Flüchtlinge aus El Salvador)

Hierzu sprachen die Abg. Böhm (Melsungen) (S. 27 ff., 30 f.), Rösch (S. 29), Jäger (Wangen) (S. 30)

Beschluß der Versammlung

Entschließung 751 betr. die Flüchtlinge aus El Salvador (S. 31 f.)

- **Geschäftsordnungsfragen** (Die Prüfung der Beglaubigungen und Dauer des Mandats der Mitglieder der Versammlung)

Beschluß der Versammlung

Entschließung 752 betr. die Prüfung der Beglaubigungen und Dauer des Mandats der Mitglieder der Versammlung

Die Reden der deutschen Mitglieder der Parlamentarischen Versammlung sind nachstehend mit Auszügen der betr. Beschlüsse der Versammlung abgedruckt.

Die Parlamentarische Versammlung wählte den spanischen Abg. José Maria de Areilza (Demokratische Koalition) zu ihrem Präsidenten, Abg. Gerhard Reddemann (CDU/CSU) zum deutschen Vizepräsidenten. Ausschußvorsitzende wurden Abg. Dr. Ahrens (SPD) (Ausschuß für Regionalplanung und Kommunalbehörden) und Abg. Büchner (Speyer) (SPD) (Ausschuß für Sozialfragen und Gesundheit). Zu stellvertretenden Vorsitzenden des Politischen Ausschusses wurde Abg. Reddemann (CDU/CSU) und des Ausschusses für Wanderbewegungen, Flüchtlinge und Demographie Abg. Dr. Ender (SPD) gewählt. Als stellvertretende Mitglieder des Ständigen Ausschusses wählte die Versammlung Abg. Dr. Geßner (SPD) und Abg. Dr. Vohrer (FDP).

Den turnusmäßigen Bericht des Ministerkomitees trug dessen amtierender Vorsitzender, der schwedische Außenminister Ola Ullsten vor.

Zur Versammlung sprach der österreichische Außenminister, Willibald Pahr.

An den Verhandlungen der Parlamentarischen Versammlung nahm eine parlamentarische Delegation aus Finnland teil.

Bonn, den 20. Mai 1981

Gerhard Reddemann

Dr. Manfred Achim Geßner

Sprecher

Stellvertretender Sprecher

Montag, 11. Mai 1981

Tagesordnungspunkt:

Tätigkeitsbericht des Präsidiums, des Ständigen Ausschusses sowie des Ausschusses für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten und zur Öffentlichkeit

(Drucksache 4710)

Berichterstatter: Abg. Leonard

Dienstag, 12. Mai 1981

Tagesordnungspunkt:

Globale Perspektiven: Bedürfnisse der Menschheit und Ressourcen der Erde

(Drucksache 4706)

Berichterstatter: Abg. Grimsson

Dr. Vohrer (FDP): Herr Präsident! Verehrte Kollegen! Auch ich darf zuerst dem Berichterstatter meine Anerkennung für den sehr qualifizierten Bericht aussprechen, der sowohl eine sehr detaillierte Analyse der Situation enthält als auch ausführliche und konkrete Empfehlungen gibt, was in den nächsten Jahren passieren soll, und dabei auch konkret aufzeigt, welche Rolle der Europarat bei den Maßnahmen spielen kann.

Ich habe mich sehr darüber gefreut, daß in dem Bericht die **Ökologie** als ein Themenkreis dargestellt wird, der bei der Entwicklung der Länder in der Dritten Welt eine hohe Bedeutung hat. Es zeigt sich doch immer wieder nicht nur der Teufelskreis, daß bei niedrigem Gesundheitsstand auch die Produktivität niedrig ist, daß Menschen, die ein niedriges Einkommen haben, nicht viel sparen können, daß auf Grund dessen nicht viel investiert werden kann und die Produktivität niedrig bleibt, sondern es wird in dem Bericht zum erstenmal auch ganz klar dargestellt, daß ein Land, das nicht genug Rohstoffe hat, dazu neigt, die wenigen Rohstoffe exzessiv auszubeuten und damit, durch die Zerstörung der Umwelt, den eigenen Ast abzusägen. Ich halte es für wichtig, im Bewußtsein dieser Zusammenhänge unsere **Entwicklungspolitik** so auszugestalten, daß wir den Ländern helfen, die jetzigen Probleme, die Ausdehnung der Wüste, so gut wie möglich zu vermeiden.

Herr Grimsson hat in seinem Bericht den ökonomischen Ansatz erweitert, er geht auf sozioökonomische und kulturelle Aspekte ein. Das ist sicherlich die Strategie, die wir in der Konferenz im kommenden September, welche gezielt den ärmsten Ländern

dieser Welt helfen soll, verfolgen müssen. Wir haben schon Vorgespräche mit den UNCTAD-Verantwortlichen, mit Herrn Corea, in Bonn geführt. Es zeigt sich, daß wir wegkommen müssen von der bloßen Projektförderung zu einer Entwicklungspolitik, die das ganze Umfeld umfaßt, zu umfänglichen Programmen, die die sozioökonomischen und kulturellen Aspekte einbeziehen. Damit wird Entwicklungspolitik komplizierter, kapital- und personalintensiver, auch langfristiger in der Wirkung.

In dem Bericht wird ein Problembereich angesprochen, den ich etwas anders sehe: die Ölpreissteigerung. Sicherlich hat sie in den letzten Jahren ein gut Teil der Entwicklungshilfeleistungen mehr oder weniger kompensiert. Es wird jetzt die Aufgabe der Industrieländer sein, in Gesprächen mit der OPEC zu einem Kompromiß zu kommen, damit den Entwicklungsländern die Inflationsrate bei den Ölprodukten wie auch bei den Industrieprodukten so gut wie möglich erspart bleibt, damit sich die terms of trade, also die allgemeinen Warenverhältnisse, zwischen den beiden Ländergruppen nicht dauernd zu Lasten der Entwicklungsländer verschlechtern. Es gibt hier verschiedene Ansätze. Herr Cox, ich glaube nicht, daß wir den Entwicklungsländern langfristig einen niedrigeren Ölpreis anbieten können.

Vielmehr müßte aller Voraussicht nach die Differenz zwischen einem vereinbarten Preis und dem Marktpreis, die eventuell errechnet werden kann, von den OPEC-Ländern freiwillig in einen Fonds bezahlt werden. Aber schon die Vorgespräche über solche Lösungen zeigen, daß seitens der OPEC-Länder natürlich auch verlangt wird, die Industrieländer sollten den Entwicklungsländern ihre Inflationsraten ersparen. Wie wir marktwirtschaftlich einen derartigen Fonds finanzieren könnten, ist für uns noch nicht erkennbar.

Auch die ganzen anderen Ansätze, von denen man sich ja ursprünglich sehr gewichtige Umlenkungen der Ressourcen versprochen hat, das integrierte Rohstoffprogramm der UNCTAD mit dem gemeinsamen Fonds, haben nicht annähernd die erhoffte Wirkung gezeigt oder sind teilweise in der Durchführung einzelner Abkommen viel komplizierter, als man das ursprünglich glaubte, so daß der schnelle Erfolg ausbleiben wird.

Dies alles verpflichtet uns, einen fruchtbaren Dialog zu führen, in dem wir als Industrienationen deutlich machen, daß wir bereit sind, zu einem Ressourcentransfer beizutragen, der es uns einerseits ermöglicht, unsere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung beizubehalten, andererseits aber auch so wirksam wie möglich zu helfen.

Ich möchte zum Schluß noch einen Aspekt beleuchten, der mir gerade auf Grund der letzten Entwicklungen seitens der amerikanischen Administration von großer Bedeutung zu sein scheint und der im Bericht etwas kurz wegkam, nämlich die Überlagerung der Entwicklungspolitik durch machtpolitische Überlegungen seitens der Industrieländer, der gro-

Ben Blöcke. Liebe Kollegen, die meisten Entwicklungsländer kommen aus einer kolonialen Vergangenheit. Sie haben sich sehr darum bemüht, ihre koloniale Existenz zu beenden, haben für ihre Unabhängigkeit gekämpft und sich im Laufe der Jahre dann auch als unabhängige, blockfreie Entwicklungsländer organisiert. Wir sollten deshalb unsere Nord-Süd-Politik nicht mit ost-west-politischen Überlegungen überlagern, unsere entwicklungspolitischen Anstrengungen nicht davon abhängig machen, ob unsere sicherheitspolitischen Überlegungen von der anderen Seite mitgetragen werden.

Wenn wir die Entwicklungsländer als blockfreie Länder zwischen den vorhandenen beiden Blöcken, der NATO und dem Warschauer Pakt, verstehen, müssen wir bereit sein, die Unabhängigkeit dieser Länder zu stärken. Wir müssen bereit sein, unsere Entwicklungshilfe unabhängig von solchen Sicherheitsüberlegungen zu geben. Ich glaube, wir sollten hier in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates in diesem Punkt einen Konsens anstreben. Wenn, wie das Thema des Berichts sagt, es um zentrale Bedürfnisse der Menschheit geht, dann ist der Frieden nicht nur in unseren Regionen, sondern in allen Regionen, auch der Dritten Welt, ein zentrales Bedürfnis, für das wir uns einsetzen müssen. Dann müssen wir ein Entwicklungskonzept erarbeiten, das ganz schwerpunktmäßig diesem Ziel dient, den Frieden in der Dritten Welt zu erhalten oder zu schaffen. Hier sollten wir alle übereinstimmen und unsere Konzepte entsprechend anpassen.

Dr. Holtz (SPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Millionenfacher Hunger bedroht den Frieden! Das Streben nach militärischer Überlegenheit bedroht das Gleichgewicht. Die Zerstörung der Natur und die Ausschöpfung der Ressourcen bedrohen das ökologische Gleichgewicht. Viele Länder befinden sich in den Krallen der Rezession. Das bedroht die innere Stabilität und Leistungskraft. Die Welt steht also vor einem Jahrzehnt der Gefahr. Die 80er Jahre haben sehr schwierig begonnen. Ein weltpolitischer Klimasturz hat stattgefunden. Und ich bin der Auffassung, daß besseres Wetter am weltpolitischen Himmel wichtig ist, auch für eine gute **Nord-Süd-Zusammenarbeit**.

Dieser weltpolitische Klimasturz wurde vor allem verursacht durch die Besetzung Afghanistans — da gebe ich meinem Vorredner recht — durch die Sowjetunion, die damit gegen das Völkerrecht und das Prinzip der Unabhängigkeit und der Blockfreiheit verstößt.

Aber auch die Wahl des Präsidenten Reagan in den USA hat Befürchtungen einer verhängnisvollen Kehrtwendung der US-Politik gegenüber der Dritten Welt wachwerden lassen. Die Südpolitik gegenüber den Entwicklungsländern droht zu einer Fortsetzung des Ost-West-Konflikts mit besonders rüden Mitteln zu werden.

In einer vorsichtigen, differenzierten Art sollten wir, die Europäer, unseren amerikanischen Freunden und Verbündeten die europäische Rolle der Südpolitik vor Augen führen. Europa hat eine besondere

Rolle gegenüber der Dritten Welt zu spielen, und zwar als Solidaritätsfaktor und als Förderer einer Politik der Unabhängigkeit und Ungebundenheit der Entwicklungsländer.

Der Brandt-Bericht hat die aktuellen Tendenzen in den 80er Jahren auf eine düstere Zukunft für die Weltwirtschaft und die internationalen Beziehungen zulaufen sehen, eine schreckliche Aussicht auch für die ärmeren Länder. Und der Bericht befürchtet: „Die 80er Jahre könnten noch weit größere Katastrophen bringen als die Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre.“

Die Globalität der Probleme wird, sehr geehrte Damen und Herren, zunehmen.

Die Entwicklungsländer brauchen unser Kapital, unsere Technologie, auch Nahrungsmittel. Die Industrieländer brauchen die Rohstoffe, besonders das Öl, der sogenannten Dritten Welt. Jede Seite braucht für den Absatz ihrer Produkte den Markt der anderen. Wir stehen also vor wichtigen, dramatischen Entscheidungen. Die Bedeutung des Grimsson-Berichts über die weltweiten Zukunftsaussichten liegt einmal darin, daß er aus der Sicht der 21 Staaten des Europarats auf diese Entwicklungen hinweist, zum anderen aber auch darin, daß er deutlich macht: Es gibt Wege aus der Gefahr.

Für die zukünftige Zusammenarbeit zwischen den Staaten gibt es keine Patentrezepte. Ich glaube, auch dieses macht der Bericht ehrlicherweise deutlich. Es gibt auch keine Patentrezepte für den Nord-Süd-Dialog. Aber im Lichte des Berichts lassen Sie mich bitte fünf Prioritäten ins Auge fassen.

Erstens. Kein Staat der Welt kann sich der gemeinsamen Verantwortung entziehen, weder die Entwicklungsländer selbst, noch die Staatshandelsländer Osteuropas noch die Erdölproduzenten noch die Industriestaaten des Westens. Eine Lösung der Energiefragen muß im Zentrum stehen. Hier sind die OPEC-Länder gefordert, mit Direktinvestitionen, Zuschüssen, Beiträgen zum Recycling-Prozeß, aber auch mit der Bereitschaft zum Dialog von Ölproduzenten und -konsumenten. Gefordert sind die Industrieländer mit Öleinsparung und mit der Entwicklung und Anwendung neuer Energiequellen und -technologien. Die Entwicklungsländer ihrerseits müssen dabei unterstützt werden, ihre Abhängigkeit vom importierten Öl zu verringern.

Zweitens. Eine Kontrolle des Bevölkerungswachstums ist in vielen Ländern, nicht in allen Ländern, unausweichlich. Ich glaube, daß der Bericht aber zu Recht darauf hinweist, daß mit der Kontrolle des Bevölkerungswachstums allein kein Patentrezept gefunden ist. Wirtschaftliche und soziale Entwicklung sind wichtige Voraussetzungen dafür, daß die Geburtenrate sinkt. Und insofern ist wirtschaftliche und soziale Entwicklung die beste Pille für die Länder der Dritten Welt.

Vorschläge aus den Industrieländern klingen natürlich nicht ganz glaubwürdig, wenn sie Entwicklungsländern eine Bevölkerungskontrollpolitik empfehlen, aber gleichzeitig bedauern — wie das ein Kollege von uns auch hier heute morgen gemacht hat —,

daß bei uns die Bevölkerung zurückgeht. Wir müssen uns da überlegen, wie wir auch gegenüber Bangladesch z. B. und anderen Staaten zu einer glaubwürdigeren Position kommen können.

Eine Verringerung des Völkerwachstums ist also eine prioritäre Notwendigkeit, um eine für alle verheerende Erschöpfung der natürlichen Ressourcen unserer Erde zu verhindern. Aber dies allein reicht bei weitem nicht aus.

Drittens. Weitere Initiativen auf dem Weg zu einer leistungsfähigen, gerechten und sozialen Weltwirtschaft sind unerlässlich. Dazu zählen die bessere Kontrolle der multinationalen Konzerne und eine stärker die Belange der Entwicklungsländer berücksichtigende Geschäftspolitik des Internationalen Währungsfonds. Ebensowenig darf es einen Rückfall in rigiden Protektionismus geben. Handelschranken — so schwer dies auch ist — müssen weiter abgebaut werden. Die Konkurrenzfähigkeit neuer Importe aus Entwicklungsländern darf aber auch nicht auf Kosten angemessener Arbeitsbedingungen gehen. Daher sollten sich die Mitgliedstaaten des Europarates im Rahmen des globalen Dialogs für eine internationale Vereinbarung über Sozialklauseln einsetzen. Diese Sozialklauseln sollten Diskriminierung, Kinderarbeit und Zwangsarbeit verhindern, angemessene Arbeits- und Sozialbedingungen und das Recht auf Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit garantieren und für die Einhaltung geeigneter Sicherheits- und Gesundheitsbestimmungen sorgen.

Viertens. Eine wachsende Anzahl von Entwicklungsländern steht vor dem Ruin. Hunger bedroht immer mehr Menschen. Eine rasche, verstärkte Unterstützung von außen ist nötig. Ein international abgestimmtes entwicklungspolitisches Notstandsprogramm muß eingeleitet werden. Der Grimsson-Bericht zieht hier auch die Empfehlungen der Nord-Süd-Kommission heran. Da geht es besonders um eine internationale Energiestrategie, um ein weltumspannendes Nahrungsmittelprogramm, um erhöhte Entwicklungshilfe und die Inangriffnahme größerer Reformen der Weltwirtschaft.

Alle Staaten müssen ihre Entwicklungshilfe weiter steigern, und dazu können wir als Mitglieder der nationalen Parlamente einen Beitrag leisten.

Von einem britischen Kollegen wurde gefragt: Was passiert denn auf dem Nord-Süd-Gipfeltreffen in Mexiko? Es wäre gut, wenn unsere Regierungschefs da hinfahren könnten, mit dem Willen, die Entwicklungshilfe auch in finanzpolitisch schwierigen Zeiten nicht herunterzusetzen, wie das gerade in einigen Ländern passiert, sondern die Entwicklungshilfe zu steigern, eben weil man sich gegenseitig braucht und Entwicklungshilfe nicht nur aus friedenspolitischen Motiven sondern auch aus arbeitsmarktpolitischen und moralischen Gründen wichtig ist.

Die Entwicklungsländer selbst tragen eine große Verantwortung beim Entwicklungsprozeß, bei ihrer wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung.

Ich schlage vor, daß die Industriestaaten des Europarates ihre entwicklungspolitischen Anstrengun-

gen noch stärker mit der Bereitschaft der Entwicklungsländer verknüpfen, damit diese Entwicklungshemmnisse in ihrem eigenen Lande abbauen, und politische und soziale Mindestbedingungen einhalten.

Bei der Bekämpfung der absoluten Armut ist die Befriedigung der Grundbedürfnisse besonders wichtig. Ebenso wichtig ist, daß die Bereiche ländliche Entwicklung, Energie, Schutz der natürlichen Ressourcen, Bildung und Ausbildung gefördert werden. In diesem Zusammenhang gibt es einen neuen Vorschlag in unserer Entschließung, nämlich dafür zu sorgen, daß es einen internationalen Verhaltenskodex für eine sinnvolle Ressourcennutzung geben soll. Ich halte das für eine wichtige Initiative, die hier vom Europarat in dieser Richtung ausgehen kann.

Lassen Sie mich letztlich sagen: Zwischen Rüstung und Unterentwicklung bzw. Abrüstung und Entwicklung besteht ein Zusammenhang. Der Rüstungswettlauf in Ost und West sowie die in den letzten Jahren beängstigend zunehmende Aufrüstung in einigen Entwicklungsländern behindern aufs schwerste die Entwicklung des Südens und den weltweiten Interessenausgleich. Einige Konsequenzen sind geboten, eben weil dieser Bereich so wichtig ist: Die Sowjetunion muß darauf verzichten, ihre SS 20-Raketen so weiter zu stationieren. Sie muß sie zurücknehmen, so daß die USA nicht gezwungen sind, Pershing II und Cruise Missiles zu stationieren. Geschieht dies nicht, würde es zu einem massiven ressourcenverschwendenden neuen Wettlauf zwischen Ost und West im Rüstungsbereich kommen. Und die Industrieländer, auch wir hier alle, müssen uns davor hüten, Waffen in die Länder der Dritten Welt zu liefern.

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, es fehlt längst nicht mehr an Vorschlägen und Anregungen für eine lebbare Zukunft. Bringen wir die Kraft auf, wenigstens einen Teil von diesen Vorschlägen durchzusetzen. — Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Dr. Müller (CDU/CSU): Herr Präsident! Liebe Kollegen! Der Bericht, der uns vorliegt, bringt eine Fülle interessanter Informationen. Sie stützen sich im wesentlichen auf die Studie „Global 2000“, die zu lesen ich jedem Kollegen empfehlen möchte, auch wenn sie fast 2000 Seiten stark ist, um sich über das zu informieren, was auf uns zukommt.

Freilich, manche Statistik macht das vielleicht nicht so klar wie das Bild, das ich hier prägen möchte. Einem einfachen Mann in einem unserer Länder wird man die Not der Entwicklungsländer dann deutlich machen können, wenn man ihm sagt, daß manche Frau in einem Entwicklungsland ein paar Tage unterwegs ist, um auf dem Kopf ihr Küchenholz herbeizutragen, um die Energieversorgung der Familie zu sichern, oder daß manche andere Frau sechs Stunden bis zum nächsten Brunnen oder zum nächsten Wasserloch zu gehen hat, um die Familie mit Wasser versorgen zu können.

Wenn man diese Bilder sieht, bietet sich natürlich sofort an, daß die Reichen, wir also, mehr Geld zu

geben hätten, mehr **Entwicklungshilfe** leisten müßten.

Lassen Sie mich jetzt einen provozierenden Satz sagen. Ich glaube, ein Teil des Elends, das wir in den Entwicklungsländern haben, ist auch deshalb entstanden, weil wir Entwicklungshilfe gegeben haben. Das ist etwas, was sich scheinbar widerspricht. Die Wirklichkeit ist aber so. Ich glaube, eine Entwicklungshilfe, die in falsche Investitionen ging, eine Entwicklungshilfe, die Großprojekte förderte, eine Entwicklungshilfe, die dazu beitrug, den Bürgern in den armen Ländern das Lebensbild und die Lebensform der entwickelten Länder zu vermitteln, hat zu einer Landflucht in den Entwicklungsländern beigetragen, hat dazu geführt, daß die Slums in den großen Städten der Entwicklungsländer überfließen, hat das Elend in diesen Slums herbeigeführt. Wenn die Bevölkerung dagegen durch eine richtige Entwicklungshilfe auf dem Lande gehalten worden wäre, hätte sie dazu beigetragen, sich selbst zu ernähren und wenigstens die Grundversorgung sicherzustellen. Hier muß westliche Entwicklungshilfe einfach umdenken.

Ich erinnere mich sehr gut an eine Studie der Weltbank, in der es einmal geheißen hat: Es ist im Grunde genommen überall das gleiche: die Städte leben von dem Mehrwert, der auf dem Lande produziert wird; sie leben von der Ausbeutung des Landes. Agrarpolitik, kleine Entwicklungshilfe, nicht moderne Technologie scheint das Beste zu sein, was man tun kann, um die Menschen dort zu halten, wo sie geboren sind, und zugleich ihren Lebensstandard dort zu verbessern.

Lassen Sie mich einen anderen Punkt aufgreifen, die **Energieversorgung**. Hier möchte ich nur eine kritische Bemerkung zu dem Bericht des Kollegen Grimsson machen. Er führt in Abs. 69 seines Berichts sehr richtig aus, daß die Atomenergie mit Risiko behaftet ist und deswegen Probleme zeigt, und er schreibt in Abs. 68 über die Kohle, daß die Kohle die Probleme der Energieversorgung im wesentlichen lösen könnte, ohne kritische Anmerkungen zur Kohle zu machen. Ich glaube, eine der großen Schwächen der Umweltdiskussion in Europa heute ist, daß wir die enormen Gefahren der Kohleverwertung nicht beachten. Ein forstwissenschaftliches Institut in meinem Lande hat derzeit umfangreiche Untersuchungen über das Sterben der Nadelhölzer in Mitteleuropa angestellt. Es weist darauf hin, daß wir mit der Vernichtung der Nadelholzbestände als Folge der Abgase von Kohlekraftwerken einer europäischen Katastrophe entgegengehen. Wir haben das nicht beachtet. Das Fichtensterben, das Tannensterben ist nicht etwas, was ein Schauerbild abgeben kann wie ein GAU in einem Kernkraftwerk. Das ist ein Punkt, den wir auch im Hinblick auf die Entwicklung der Forste in den Entwicklungsländern zu beachten haben, die sowieso durch Abholzung immens gefährdet sind.

Lassen Sie mich noch aufgreifen, was die Kollegin Knight im Zusammenhang mit der **Sowjetunion** gesagt hat. Hier muß ich auch an das anknüpfen, was

der Kollege Holtz sagte. Ich glaube, wir sind eigentlich ein bißchen blauäugig, wenn wir von Rüstung und Abrüstung sprechen. Natürlich, jeder von uns, quer durch die Fraktionen — ich glaube, da gibt es keinen Zweifel —, ist überzeugt, daß es am vernünftigsten wäre, das ganze Geld, das für Rüstung investiert wird, den Unterentwickelten für ihre Entwicklung zu geben. Die Realität sieht aber leider etwas anders aus, meine lieben Kollegen. Das Entscheidende ist, daß diejenige von den großen Industriemächten dieser Erde, die die größten Anstrengungen auf dem militärischen Gebiet unternimmt und den größten Anteil ihres Bruttosozialprodukts für die Rüstung ausgibt, nämlich die Sowjetunion, auch diejenige ist, die von allen Ländern am wenigsten Entwicklungshilfe gibt; und das, was von der Sowjetunion als Entwicklungshilfe gegeben wird, konzentriert sich im wesentlichen auf die Entsendung von militärischen Experten, Geheimdienstfachleuten, Gefängniswärterausbildern und ähnliches, wie wir in Äthiopien, in Angola, in Mosambique sehen können. Die immensen Flüchtlingsströme, die wir als Folge dieser imperialistischen Politik z. B. in Afrika haben, müssen dann wieder mit den Mitteln westlicher Länder versorgt, gekleidet und betreut werden.

Hier muß man in aller Deutlichkeit sagen: Wenn schon von einer globalen Politik gesprochen wird, dann kann sich niemand von dieser globalen Politik ausschließen. Da kann niemand eine Extratour reiten. Auch die Sowjetunion muß ihren Anteil an der Entwicklungshilfe tragen. Es ist einfach beängstigend, wenn man weiß, daß die Sowjetunion den Exporteur Nr. 1 von Waffen in die Entwicklungsländer darstellt. Diese Waffen werden nicht geschenkt, sie werden von den Entwicklungsländern bezahlt, und die Haushalte dieser Entwicklungsländer werden dann zum Teil wieder mit Entwicklungshilfemitteln aus den westlichen Ländern ausgeglichen. Da stimmt die Rechnung nicht mehr. Hier muß der Sowjetunion ganz deutlich gesagt werden, daß eine solche Politik von den westlichen Ländern auf die Dauer nicht hingenommen werden kann.

Lassen Sie mich eine letzte Bemerkung machen, die uns selbst, den Europarat, betrifft. Ich finde es gut, Herr Kollege Grimsson, daß Sie ausdrücklich auf die Möglichkeiten hinweisen, die der Europarat hat, mehr Verständnis für die Probleme der nicht genügend Entwickelten in der Welt zu schaffen. Wir haben die European Youth Foundation, wir haben den CCC. Beide Einrichtungen müssen sich in ganz besonderem Maße dafür einsetzen, daß mehr Verständnis geschaffen wird. Es ist wichtig, gerade bei der jungen Generation Verständnis zu schaffen und in den Industrieländern hier in Europa die Bereitschaft zum Sparen in der Bevölkerung zu wecken, gerade bei den Jungen. Denn wenn die Statistiken von „Global 2000“ recht haben, werden wir nur dann eine weltweite Katastrophe verhindern können, wenn es uns gelingt, in den Industrieländern bescheidener mit Energie und Ressourcen umzugehen und in den Industrieländern mehr Verantwortung für die gesamte Welt zu schaffen.

Entschlieung 747

**betr. Globale Perspektiven: Bedürfnisse
der Menschheit und Ressourcen der Erde**

Die Versammlung

1. nimmt den von ihrem Ausschuß für Wirtschaft und Entwicklung vorgelegten Bericht „Globale Perspektiven: Bedürfnisse der Menschheit und Ressourcen der Erde“ (Dok. 4706) zur Kenntnis;
2. vertritt die Ansicht, daß die Weltbevölkerung bei den derzeitigen Wachstumsraten gegen Ende dieses Jahrhunderts sechs Milliarden erreichen dürfte und in der ersten Hälfte des nächsten Jahrhunderts auf acht bis zwölf Milliarden anwachsen und — falls keine wirksamen Gegenmaßnahmen getroffen werden — die lebenserhaltende Kapazität der gesamten Erde übersteigen könnte; daher besteht die Notwendigkeit, Bevlkerungspolitiken zu verwirklichen, die mit den biologischen Systemen und den vorhandenen natürlichen Rohstoffen der Welt vereinbar sind;
3. vertritt ferner die Ansicht, daß die Bevölkerung in den Entwicklungsgebieten der Welt besonders rasch wächst, und unterstreicht die dringende Notwendigkeit einer ausgewogeneren Verteilung der Weltressourcen, um in diesen Regionen die Schaffung sozio-ökonomischer und kultureller Bedingungen zu ermöglichen, die zu einer Verlangsamung des Bevölkerungswachstums führen;
4. lenkt die Aufmerksamkeit auf das alarmierende Wachstum städtischer Ballungsgebiete insbesondere in den weniger entwickelten Ländern, wo zahlreiche unkontrollierte städtische Siedlungen mit mehr als zehn Millionen Einwohnern noch nie dagewesene Probleme der Verwahrlosung und ein wirtschaftliches und soziales Chaos schaffen werden;
5. ist besonders über die anhaltenden Probleme, mit denen mehrere hundert Millionen in absoluter Armut lebende Menschen in der Welt konfrontiert werden, sowie über die Tatsache besorgt, daß gegenwärtig geringe Aussichten bestehen, die Anzahl dieser Menschen wesentlich zu verringern, sofern nicht entscheidende internationale Maßnahmen ergriffen werden, um Hunger, Unterernährung, Krankheiten und Analphabetentum insbesondere durch die ländliche und landwirtschaftliche Entwicklung zu beseitigen;
6. ist sich bewußt, daß trotz der bereits unternommenen Bemühungen im Bereich der Entwicklung die Kluft zwischen den reichen und armen Ländern immer noch größer wird und solche Ausmaße annimmt, daß eine zwanzigfache Erhöhung des Bruttosozialprodukts der Entwicklungsländer erforderlich wäre, um den europäischen Lebensstandard des letzten Jahrzehnts zu erreichen;
7. warnt vor Optimismus im Hinblick auf die Verfügbarkeit von Nichtbrennstoff-Mineralien, da aus den Prognosen hervorgeht, daß die derzeitigen und voraussichtlichen Vorräte an Aluminium, Kobalt, Kupfer, Blei, Nickel, Schwefel, Zinn und Wolfram in den nächsten sechzig Jahren erschöpft sein werden, und weil Versorgungsunterbrechungen aufgrund politischer und wirtschaftlicher Krisen jederzeit verheerende Auswirkungen auf die Wirtschaft der Industrieländer haben könnten;
8. ist insbesondere über die miteinander verbundenen Probleme der rasch um sich greifenden Entstehung von Wüsten, massiven Abholzung, Energieknappheiten, Verschlechterung der Wasserqualität und Luftverschmutzung besorgt, die in einigen Gebieten der Welt die lebenserhaltende Kapazität der Erde bereits verringert haben;
9. unterstreicht das lebenswichtige Interesse Europas und anderer nördlicher Regionen am Erfolg globaler Entwicklungspolitiken, um den wachsenden Bevölkerungsdruck und politische und militärische Konflikte zu verhindern, die durch eine ungleiche Verteilung der grundlegenden Ressourcen und durch unbefriedigte Grundbedürfnisse wie Wasser, Nahrungsmittel und Unterkunft bedingt sind;
10. betont die grundlegende Abhängigkeit Europas von der Versorgung mit Energie und Nichtbrennstoff-Mineralien aus südlichen Ländern und die wachsende Bedeutung der Entwicklungsgebiete als Exportmärkte für die europäischen Industrien;
11. kommt zu dem Schluß, daß die zunehmende Interdependenz der Volkswirtschaften der europäischen Staaten und der Entwicklungsländer im Bereich des Handels und der Versorgung mit Energie und anderen industriellen Grundstoffen es unmöglich machen, die Inflation und Arbeitslosigkeit, an der das europäische Wirtschaftsleben krankt, zu beheben, wenn nicht gleichzeitig grundlegende Änderungen in den europäischen Beiträgen zu den globalen Entwicklungsprogrammen herbeigeführt werden;
12. hat Kenntnis davon, daß in verschiedenen Berichten nationaler und internationaler Organisationen die Grundzüge der menschlichen Entwicklung und die begrenzte Verfügbarkeit der Weltressourcen dargestellt worden sind, und glaubt, daß jetzt energische politische Entscheidungen und Maßnahmen benötigt werden, damit die Mitglieder der Regierungen und Parlamente in Zusammenarbeit mit anderen führenden Persönlichkeiten der Öffentlichkeit erkennen, daß sie eine große Verantwortung für die Zukunft der Menschheit tragen;
13. bekräftigt ihre Unterstützung für die außerordentlich wichtigen Aktivitäten internationaler, regionaler und nationaler Institutionen, die sich der Verwirklichung von Bevlkerungspolitiken widmen, und bringt die Überzeugung zum Ausdruck, daß eine Kontrolle des Bevölkerungswachstums dringend erforderlich ist, und daß der Erfolg solcher Maßnahmen in erster Linie davon abhängen wird, inwieweit die prakti-

zierte Politik Auswirkungen auf die lokalen Gesundheits-, Bildungs- und Sozialeinrichtungen hat und von anderen Bemühungen um eine Förderung des sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Status der Frau unterstützt wird;

14. fordert die nationalen Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Europarates auf, ihre finanziellen Beiträge zum Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) zu erhöhen und sich bereit zu erklären, das in der 1979 angenommenen Colombo-Erklärung über Bevölkerung und Entwicklung festgelegte Ziel zu unterstützen, den Jahresbeitrag zur internationalen Bevölkerungshilfe bis 1984 auf eine Milliarde Dollar zu erhöhen;
15. unterstützt den Appell der Colombo-Erklärung an die Religionsführer, den ungeheuren Auswirkungen des Bevölkerungsdrucks auf das geistige und körperliche Wohlbefinden der Menschen Rechnung zu tragen;
16. kommt zu dem Schluß, daß der Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen in den ländlichen Gebieten der Erde Priorität verliehen werden muß, um das beängstigende Wachstum der Weltbevölkerung vor allem in den Städten zu bekämpfen, und daß die Probleme der ländlichen Entwicklung daher in den nächsten zehn Jahren für die nationalen und internationalen Organisationen von grundlegender Bedeutung sein müssen;
17. kommt ferner zu dem Schluß, daß es äußerst wichtig ist, die Nahrungsmittelproduktion zu erhöhen und eine gerechtere Verteilung der Nahrungsmittel zu erreichen, um die untragbaren Lebensbedingungen mehrerer Hundertmillionen absolut armer und unterernährter Menschen in der Welt zu verbessern, und zu diesem Zweck die Entwicklungsländer bei der Durchführung von Bewässerungsprojekten und anderen technischen Hilfsprogrammen zu unterstützen, die die landwirtschaftlichen Techniken, insbesondere für Kleinbauern, und die pro Hektar-Erträge verbessern und eine Bodenreform verwirklichen sollen;
18. bekräftigt ihre Unterstützung dafür, daß die achtziger Jahre zur internationalen Dekade der Trinkwasserversorgung und Hygiene erklärt werden, und fordert die internationalen und nationalen Behörden dringend auf, (i) in allen Teilen der Welt regionale Wasserwirtschaftspläne, (ii) nationale Projekte zur Verbesserung der sanitären Einrichtungen und (iii) Werbekampagnen in den einzelnen Ländern durchzuführen, damit im Bewußtsein der Öffentlichkeit die alarmierende Tatsache, daß Wasser in zunehmendem Maße zu den knappen Ressourcen der Welt gehört, fest verankert wird;
19. weist darauf hin, daß zwar umfangreiche Erhöhungen der Entwicklungsfinanzierung benötigt werden, um eine allgemeine Verbesserung der Grundbedürfnisse und die Bewirtschaftung der Weltressourcen sicherzustellen, diese finanziellen Erfordernisse jedoch nur einen kleinen Teil der jährlichen Rüstungsausgaben darstellen:

Bedeutende Verbesserungen könnten mit einem geringen Teil derjenigen Mittel erzielt werden, die jetzt für neue militärische Technologien und Militärforschung bereitgestellt werden;

20. fordert die Mitgliedstaaten des Europarates und die anderen Industrieländern dringend auf:
 - i. in den globalen Verhandlungen über eine neue internationale Wirtschaftsordnung, die im Rahmen der Vereinten Nationen und ihrer Sonderorganisationen über solche Fragen wie Entwicklungshilfe, Handel, Technologietransfer, Rückschleusung von Kapitalüberschüssen und internationale Währungsreform stattfinden sollen, eine konstruktive Haltung einzunehmen und dafür Sorge zu tragen, daß diese Verhandlungen über eine einfache Reaktion auf die Forderungen der Entwicklungsländer hinausgehen und im Bewußtsein des gegenseitigen Interesses und der Interdependenz geführt werden;
 - ii. die Hilfsprogramme auf die spezifischen Bedürfnisse der ärmsten Ländern insbesondere in den Gebieten südlich der Sahara und in Südasien zu konzentrieren und dabei in erster Linie das Ziel zu verfolgen, die absolute Armut durch landwirtschaftliche Entwicklung, Hilfe in den Bereichen der Gesundheit und Bildung, sowie durch Energie- und Aufforstungsprojekte zu beseitigen;
 - iii. auf internationaler Ebene ein koordiniertes ökologisches Prioritätenprogramm auszuarbeiten, um vor allem in den bereits am meisten betroffenen Gebieten in Afrika und Asien den ständigen Verlust von Waldgebieten, Acker- und Weideland, der durch massive Entstehung von Wüsten, Erosion und Luftverschmutzung bedingt ist, einzudämmen;
 - iv. Energieeinsparungen zu fördern und die Energieerzeugung in den Entwicklungsländern in Form von Öl, Kohle, Erdgas und Wasserkraft sowie die Ausnutzung erneuerbarer Energiequellen wie Wind, Sonne, Biomasse und Geothermik auszubauen, deren Bedeutung um so größer ist, da Brennholz für 90 % der Bevölkerung in den ärmsten Ländern der einzig verfügbare oder finanziell erschwingliche Brennstoff ist;
 - v. das Wirtschaftswachstum in den Entwicklungsländern dadurch zu fördern, daß sie davon absehen, sich gegen Produkte aus diesen Ländern abzuschirmen versuchen, daß sie an sektoralen Konsultationen im Rahmen der UNIDO über die Verlagerung von Industrien aus den Industriestaaten in die Entwicklungsländer teilnehmen und den am wenigsten entwickelten Ländern besondere Hilfe leisten, um den kritischen Zeitraum zu überwinden, der für die Erzielung einer größeren Autarkie erforderlich ist;

- vi. die Entwicklungsländer bei der Diversifizierung ihrer Ausfuhren und bei der Stabilisierung ihrer Einkommen aus Rohstoffexporten insbesondere durch eine konstruktivere Haltung gegenüber der Durchführung des integrierten Rohstoffprogramms im Rahmen der UNCTAD zu unterstützen;
 - vii. Forschungsarbeiten über die Fähigkeit der Erde, die künftigen Bedürfnisse der Menschheit zu befriedigen, fortzusetzen oder einzuleiten, um somit die erforderlichen politischen Entscheidungen zu erleichtern, damit eine Verschlimmerung der Armut und des menschlichen Elends, sowie eine Verschlechterung der ökologischen Bedingungen und die sich daraus ergebenden internationalen Spannungen und Konflikte vermieden werden;
 - viii. eine energische Kampagne einzuleiten, um Verschwendung und unrationelle Nutzung knapper Ressourcen zu beseitigen;
 - ix. die Aufstellung international gebilligter Verhaltenskodexe in folgenden Bereichen zu unterstützen:
 - Investitionen und Ressourcennutzung,
 - finanzielle und Handelstransaktionen multinationaler Unternehmen,
 - Verkauf und Produktion von Waffen;
21. wiederholt ihre Aufforderung an diejenigen Industrieländer, die dies noch nicht getan haben, sich zu verpflichten, die öffentliche Entwicklungshilfe regelmäßig zu erhöhen, um 1985 einen Stand von 0,7 % des Bruttosozialprodukts zu erreichen;
22. fordert die internationalen Währungsinstitutionen und Banken dringend auf, die auf institutioneller und praktischer Ebene geltenden Bestimmungen sobald wie möglich so anzugleichen, daß vor allem die ärmsten Entwicklungsländer eine Hilfe zu günstigen Bedingungen erhalten und daß Länder mit mittleren Einkommen Investitionskredite, Obligationsanleihen und Exportkredite in Anspruch nehmen können;
23. betont die Notwendigkeit, die Aktivitäten der internationalen, regionalen und nationalen Organisationen zu koordinieren, um eine optimale Nutzung und Wirksamkeit der finanziellen Beiträge und der im Entwicklungsdienst tätigen Arbeitskräfte sowie eine verbesserte Bewirtschaftung der Weltressourcen zu erzielen;
24. unterstreicht, daß abgesehen von solch einer international gebilligten Arbeitsteilung zwischen internationalen, regionalen und nationalen Institutionen der Erfolg der Entwicklungspolitik abhängt von:
 - einem auf die verschiedenen Länder abgestimmten Vorgehen der zuständigen Organisationen,
 - Zusammenarbeit zwischen bilateralen und multilateralen Geldgebern, um insbesondere ein Höchstmaß an Hilfe zu günstigen Bedingungen für die ärmsten Regionen sicherzustellen,
 - einer wachsenden Zusammenarbeit zwischen den Entwicklungsländern selbst sowie ihren jeweiligen regionalen Organisationen;
25. fordert ein auf internationaler Ebene gebilligtes Verfahren, um die weltweiten Perspektiven der Entwicklung der Menschheit und der Ressourcen zu überwachen, wobei besonderer Nachdruck auf eine regionale Überwachung gelegt werden sollte, insbesondere im Hinblick auf Bevölkerung, Nahrungsmittelproduktion und landwirtschaftliche Produktion, Wasserversorgung, Energie und Nichtbrennstoff-Mineralien sowie Verfügbarkeit und Nutzung finanzieller Mittel;
26. fordert spezifische europäische Initiativen, um das öffentliche Bewußtsein im Hinblick auf die weltweiten Aussichten für die Bedürfnisse der Menschheit und die Ressourcen der Erde zu fördern sowie verstärkte politische und wirtschaftliche Aktivitäten in einem Bereich voranzutreiben, der für die Zukunft der Menschheit von so lebenswichtiger Bedeutung ist, und fordert deshalb alle Mitgliedstaaten des Europarates auf,
 - i. die zuständigen Organe des Europarates besser zu nutzen, um das öffentliche Interesse und das öffentliche Verständnis für das Erfordernis einer Zusammenarbeit zwischen Nord und Süd, insbesondere durch folgende Institutionen zu fördern:
 - das Europäische Jugendzentrum und die Europäische Jugendstiftung, die durch Veranstaltung von Seminaren für leitende Personen in der Jugendarbeit und durch die Unterstützung von Aktivitäten nationaler Jugendbewegungen eine entscheidende Rolle spielen können, und
 - den Rat für kulturelle Zusammenarbeit (CCC), der die schulische Erziehung in bezug auf Entwicklungsfragen durch die Veranstaltung von Seminaren und die Vorbereitung von Lehrmaterial sowie durch Anregungen zu Veröffentlichungen fördert;
 - ii. besondere Initiativen zu ergreifen, wie zum Beispiel eine Konferenz über den Beitrag Europas zu einer gerechteren Verteilung und besseren Erhaltung der natürlichen Rohstoffe der Erde, die 1982 stattfinden soll und auf diese Weise europäische Regierungen, Parlamentarier und die betreffenden nationalen und internationalen Organisationen zusammenführen wird;
 - iii. weitere gemeinsame Entwicklungsbeiträge der europäischen Länder zu fördern und dabei solche Instrumente zu berücksichtigen,

sichtigen, wie zum Beispiel das Abkommen von Lomé und das skandinavische Hilfsprogramm oder jedes andere geeignete Verfahren zur Stärkung der Rolle Europas durch die Vereinigung nationaler Bemühungen;

- iv. für die Erhaltung der Ressourcen der Erde und die Befriedigung der menschlichen Grundbedürfnisse die Einrichtung von Ausschüssen zu fördern, in denen politische Parteien, Gewerkschaften, religiöse Organisationen, Jugendbewegungen und andere bürgerliche Vereinigungen sich gemeinsam um eine verstärkte Entwicklung und Zusammenarbeit bemühen können, um die Aussichten für das Überleben der gesamten Menschheit zu verbessern.

Tagesordnungspunkt

Energie und Wirtschaft

(Drucksache 4703)

Berichterstatte: Abg. Petrilli

Lenzer (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe die Aufgabe, seitens der Kommission für Wissenschaft und Technologie des Europarates einen Beitrag zu dem Bericht des Kollegen Petrilli zu geben.

Ich möchte ihm zunächst danken für die Klarheit der Darstellung und für den präzisen Abriß der Probleme. Ich glaube, dieser Bericht kann für uns ein guter Beitrag sein, um uns den Problemen der **Energiepolitik** zu nähern, die wir im Zusammenhang — nicht getrennt voneinander — sehen müssen mit dem ökonomischen Hintergrund unserer Länder.

Ich möchte darauf verweisen, daß die Energiepolitik ein Thema geworden ist, das weit über die Fachkreise hinausreicht, das nicht mehr allein von der Wissenschaft, von den Ökonomen und den Politikern debattiert wird, sondern tatsächlich unter den Bürgern selbst zu einem beherrschenden Thema geworden ist.

Es handelt sich — auch diese Vorbemerkung sei mir gestattet — um ein globales Problem, ein Problem, das es keinem Land erlaubt, seine Probleme allein auf Grund der eigenen, individuellen Situation zu lösen, sondern dazu zwingt, immer die Gesamtverantwortung zu betrachten und zu berücksichtigen, daß über die Grenzen der Industriestaaten hinaus eine sichere Energieversorgung letztlich auch über Hunger oder Wohlstand, über Leben oder Tod in den Ländern der Dritten Welt entscheiden wird. Die Ölverteuerung ist zu einer lebensbedrohenden Problematik angewachsen. Dem müssen wir Rechnung tragen.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, was getan werden kann. Wir müssen eine Strategie entwickeln, die unsere Energieversorgung sichert, und zwar auf der Basis der realistischen Möglichkeiten,

die uns zur Verfügung stehen. Es hat keinen Sinn, sich, wie es oft hier in der Diskussion geschieht, eine Welt zu bilden aus Illusionen und realitätsfremden Betrachtungen. Wir müssen uns ganz deutlich fragen, welche Möglichkeiten uns die Technik, die Politik, aber auch die Ökonomie bieten, um in den nächsten Jahren — nicht über das Jahr 2000 hinaus, so wichtig das ist — die Umstrukturierung unserer gesamten Energieversorgung unter dem Motto „Minderung der Abhängigkeit vom Mineralöl“ zu bewerkstelligen.

Wenn wir dies tun, sollten wir uns zunächst einmal über die Prämissen unterhalten, von denen doch alle internationalen Institutionen der Politik und der Wissenschaft in etwa ausgehen, wenn sie Problemlösungen anbieten. Sie gehen davon aus, daß einmal — wie immer man das auch größenordnungsmäßig beziffern mag — in Zukunft ein Wachstum der Nachfrage nach Energierohstoffen zu verzeichnen sein wird. Dies muß daher auch — davon gehen wir ebenfalls aus — zu einem sparsameren und rationelleren Gebrauch dieser Energieressourcen führen. Wenn man sich darüber hinaus vor Augen führt, daß auch in Zukunft unsere Ölabhängigkeit sehr stark bleiben wird und daß andererseits zu mehr als 50 % eine Problemlösung über Nichtölenergieträger geliefert werden muß — allein in der nächsten Dekade —, dann weiß man, was dies bedeuten kann.

Was bedeutet es zum Beispiel, wenn die Kohle in der Größenordnung von fast 60 % stärker genutzt werden soll, als es bisher der Fall ist? Was bedeutet es für die Ökologie, wenn in immer stärkerem Maße fossile Energieträger verbrannt werden, was bedeutet es hinsichtlich der Kohlendioxid- oder der gesamten Abgasprobleme? Was bedeutet es, wenn die nukleare Kapazität — und davon muß ausgegangen werden — in den nächsten Dekaden um den Faktor 2 oder 3 ausgebaut werden muß — so sagt es uns die OECD —, wenn das Gesamtenergieszzenario überhaupt noch halten soll? Denn wir müssen uns vergegenwärtigen: Wenn einer der Energieträger, eine der Optionen, über die hier in diesen Prämissen gesprochen wird, ausfallen sollte, bedeutet das, daß andere an ihre Stelle treten müssen, daß sich entweder die Abhängigkeit von Importenergien für die meisten Länder noch weiter steigern wird oder aber daß der Verdrängungswettbewerb, die Konkurrenz auf den Weltmärkten, der Run auf die knappen Energieträger, in erster Linie auf das Mineralöl, noch stärker sein wird. Wenn wir auch wissen, daß die Industriestaaten den Ländern der Dritten Welt noch eine ganze Zeit das Öl quasi vor der Nase wegkaufen können, so sollte dies aber ein Weg sein, den wir in der Verantwortung vor den Menschen in diesen Ländern nicht gehen können. Wir brauchen also auch mehr Erdgas, und die OECD-Staaten selbst müssen auch ihre Ölproduktion zumindest auf dem gleichen Niveau halten wie bisher.

Wenn wir uns über diese Prämissen einig sind, kommen wir, glaube ich, sehr schnell zu einer recht realistischen Betrachtung und zu einer Strategie, die greifen kann. Ich bin mir der Tatsache bewußt, daß man bereits diese Prämisse anfechten kann, und weiß, daß man, wenn das der Fall ist, sicherlich auch zu unterschiedlichen Schlußfolgerungen kommen

wird. Aber ich stütze mich hier auch wieder auf das, was der Bericht des Kollegen Petrilli hier ausgesagt hat: daß man ganz einfach alle diese möglichen Optionen berücksichtigen muß. Da steht an erster Stelle einer wirklich realistischen Strategie die sparsame und rationelle Verwendung der Energieresourcen.

Die Energierohstoffe sind teuer. Sie sind darüber hinaus teilweise auch politisch riskant. Wir müssen uns einmal die Frage stellen: Was passiert denn, wenn wirklich einmal ein wichtiger Öllieferant — ich nehme einmal Saudi-Arabien oder die Vereinigten Emirate — ausfällt? Was bedeutet das, kurzfristig gesehen, auch für die ökonomische Situation des einen oder anderen unserer Mitgliedsländer?

Wir müssen wissen, daß das Energieeinsparungspotential im industriellen Bereich — wenigstens nach den augenblicklichen Erkenntnissen von Wissenschaft und Technik — schon sehr stark erschöpft ist, weil man dort bereits immer wieder versucht hat, die betriebswirtschaftlichen Kosten der Produktion so zu mindern, wie es nur möglich war. Dagegen bieten die privaten Haushalte noch erhebliche Einsparungsmöglichkeiten: in bezug auf die Wärmedämmung, die rationellere Verwendung der Heizwärme, die Isolierung der Häuser. Wir sind uns aber auch der Tatsache bewußt, daß dies enorme Investitionen erfordert, die allein auf Grund der privaten Initiative bei noch so stark steigenden Energiepreisen — die ja einen Anreiz bilden —, ohne staatliche Hilfe sicherlich nicht bewältigt werden können.

Nun, wenn dies so ist, bleibt, glaube ich, folgende Strategie. Die Ölabhängigkeit wird noch lange anhalten. Das Erdgas, welches die ganze Zeit über sehr stark in einer Art Konkurrenzsituation zum Erdöl betrachtet wurde — es wurde sehr stark versucht, möglichst viele private Haushalte an das Erdgas anzuschließen —, wird sehr bald in der gleichen Situation sein wie das Mineralöl.

Vielleicht noch ein Einschub: An dieser generellen Betrachtung ändert auch die Tatsache nichts, daß in einzelnen unserer Mitgliedsländer — ich denke hinsichtlich des Erdöls an das Vereinigte Königreich oder hinsichtlich des Erdgases an die Niederlande — die Situation fundamental unterschiedlich sein mag. Wir wollen ja eine gemeinsame Strategie für alle unsere Mitgliedstaaten und darüber hinaus letztlich auch für die Länder der Dritten Welt finden, eine Strategie zur Lösung des Weltenergieproblems.

Wenn das so ist hinsichtlich der Kohlenwasserstoffe, bleibt die Stein- oder Braunkohle, die in dem einen oder anderen Land vorhanden ist, später auch einmal in veredelter Form als gasförmige oder verflüssigte Produkte, als Methanol, als Treibstoff für unsere Kraftfahrzeuge, und dann bleibt letztlich auch die Kernenergie als eine Technologie, die allein von der Kapazität her die Möglichkeit bietet, einen nennenswerten Beitrag außerhalb des Bereichs der fossilen Energieträger zu leisten, und zwar nicht nur auf der Basis des Leichtwasserreaktors, sondern auch — das möchte ich ausdrücklich sagen — unter Einbeziehung der Technologie der Schnellbrüterreaktoren mit ihrer erhöhten Urannutzung und auch

der Hochtemperaturreaktoren, die Prozeßwärme zur Veredelung unserer einheimischen Rohstoffe Stein- und Braunkohle bereitstellen können. Auch kann die Kernenergie letztlich direkt einen Beitrag leisten zur Heizwärme, durch spezielle Reaktoren, über Fernwärmeverbundsysteme — weit über die Stromerzeugung hinaus.

Die regenerativen Energiequellen müssen im Bereich der Forschung und Entwicklung mit sehr großem Einsatz gefördert werden. Sie werden uns aber in den nächsten zehn, fünfzehn oder zwanzig Jahren, in denen die Probleme für uns besonders drückend werden, leider keinen nennenswerten Beitrag zur Entlastung unserer Energiebilanz liefern können.

Was also zum Schluß bleibt, ist, allen Optionen nachzugehen, alle Möglichkeiten zu erschöpfen, die sich uns bieten, keinen Verdrängungswettbewerb der einzelnen Energieträger untereinander anzustreben, sie nicht alternativ zu betrachten, nicht zu versuchen, den einen Primärenergieträger zugunsten des anderen herauszudrängen, wie es dem einen oder anderen politisch gerade in den Kram passen mag, sondern gegenüber der Bevölkerung zu verdeutlichen, daß das globale Problem der sicheren Energieversorgung nur dann gelöst werden kann, wenn tatsächlich alle realistischen Möglichkeiten ausgeschöpft werden. — Ich bedanke mich.

Dr. Vohrer (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Verlauf der langen Beratungen dieses Berichts im Ausschuß hat sich gezeigt, daß die Bereitschaft unseres Kollegen Petrilli, auf die Anregungen und kritischen Bemerkungen der Kollegen einzugehen, es ermöglicht hat, daß der Bericht am Schluß eine breite Zustimmung im Ausschuß finden konnte und sicherlich eine allgemeine Anerkennung als wertvolles und hilfreiches Papier zu einer gemeinsamen Energiediskussion in Europa. Eines hat sich dabei auch gezeigt: daß die Bemühungen um Konsens nicht unbedingt dazu führen müssen, daß ein solcher Bericht verwässert wird. Wir haben hier einen Bericht vor uns liegen, der eine Orientierungslinie für eine **europäische Energiepolitik** sein kann. Das eigentlich Neue sehe ich darin, daß hier die Energiefrage als eine Herausforderung an Politik, Wirtschaft und Technik verstanden wird. Ich möchte diese These mit einigen Beispielen untermauern.

Ich sehe in dem Bericht einen Grundton, der deutlich macht, daß wir uns gegenüber den Entscheidungen der erdölproduzierenden Länder nicht ohnmächtig fühlen. In dem Bericht ist nichts zu hören von Lamentieren, Sich-beklagen oder Anklagen der OPEC-Länder. Er ist vielmehr eine unbequeme Bilanz der Realitäten. Aber es werden auch gewisse Mindestforderungen an die OPEC-Länder gerichtet. Wir wollen vermeiden, daß die OPEC-Länder unsere Wirtschaft mit sprunghaften Preissteigerungen in Schwierigkeiten bringen, und wir deuten auch ganz klar an, daß wir einen Dialog führen wollen mit der Bereitschaft, mehr Verständnis füreinander zu zeigen, um die Lösung der Probleme zu bewerkstelligen.

Wir nehmen auch zur Kenntnis, daß die OPEC, wie sie uns das bei den Gesprächen des Ausschusses in Wien und auch in Paris erläutert hat, eine Ölpreispolitik führen wird, die letztlich zum Ziel hat, den Ölpreis so weit nach oben zu treiben, daß das Öl nur noch dort Verwendung findet, wo unbedingt Öl gebraucht wird, aber nicht mehr zum Erzeugen niederwertiger Energien.

Die Antwort des Berichts auf die neue Situation im Energiebereich ist keine Patentlösung. Es wird hier nicht vereinfacht, indem man etwa sagt, Öl solle durch Kernenergie ersetzt werden, oder indem man sonstige vereinfachte Rezepte gibt, sondern es wird hier die komplette Palette der Maßnahmen aufgeführt, vom Sparen, über rationellere Energieverwendung, bis zum Einsatz neuer Energiequellen; es wird auf die Risiken hinsichtlich der Bezugsquellen verwiesen, sowohl in regionaler Beziehung wie auch im Hinblick auf die einzelnen Energieträger. Und es werden konstruktive Vorschläge gemacht an die Adresse der Verbraucherländer, aber auch an die Adresse der OPEC-Länder.

Ich finde es sehr wichtig, daß in dem Bericht unsere Bereitschaft zum Ausdruck gebracht wird, an Stelle der Dollar-Leitwährung für das Öl einen Währungskorb anzubieten. Das ist ein Vorschlag, der sowohl den OPEC-Ländern helfen kann als auch uns davor bewahren kann, neben dem Ölpreisrisiko noch ein Dollarwertrisiko eingehen zu müssen. Daneben richten wir konstruktive Vorschläge auch an die Adresse der Entwicklungsländer. Wir signalisieren, daß wir bereit sind, ihnen bei der Umstellung und bei der Bewältigung ihrer Energieprobleme zu helfen.

Da sollte man eines in diesem Hause auch einmal deutlich machen: daß es nicht unbedingt zum Schaden sein muß, wenn man jetzt einen niedrigeren Pro-Kopf-Verbrauch an Energie hat. Denn auf Grund der Erkenntnisse im Energiebereich können jetzt viele Strukturen, die wir nur mit sehr großen Mitteln ändern können, in diesen Ländern anders aufgebaut werden. Ich denke hier an den Verkehrssektor. Ich denke daran, daß die Entwicklungsländer von vornherein weithin auf regenerierbaren Energieträgern aufbauen können. Die Wasserkraft als ein wichtiger regenerierbarer Energieträger sollte dort mit unserer Hilfe gezielt aufgebaut werden.

Wir reden also nicht mehr von der schicksalhaften Ölkrise, sondern von den unangenehmen Ölpreiserhöhungen, vom Ölpreisschock mit all den für uns schmerzhaften wirtschaftlichen Konsequenzen, mit einem Einkommenstransfer, mit einem Inflationsschub, mit Zahlungs- und Leistungsbilanzschwierigkeiten.

Aber davon wurde auch ein neuer Schock ausgelöst, ein Schock, der uns deutlich gemacht hat, wie begrenzt die Ressourcen sind und daß es notwendig ist, rechtzeitig politische Konsequenzen zu ziehen und endliche Rohstoffe, endliche Energieträger rechtzeitig zu substituieren und einen Beitrag dazu zu leisten, daß keine Ressourcenverschwendung betrieben wird. Es ist doch ganz erfreulich, daß wir aus den Statistiken der Europäischen Gemeinschaft des letz-

ten Jahres feststellen können, daß wir in der Lage waren, bei 1,3 % realem wirtschaftlichem Wachstum fast 5 % weniger Energie zu verbrauchen und bei Erdöl sogar über 8 % einzusparen.

Vor diesem Hintergrund ist der gesamte Bericht zu sehen, der auch darauf hinweist, daß von höheren Energiepreisen auch Beschäftigungswirkungen ausgehen. Kollege Lenzer hat hier noch einmal die Isolierung im Bausektor angeführt. Aber auch sonstige Investitionen werden erst dann rentierlich, wenn der Energiepreis ein gewisses Niveau erreicht hat. Man sollte also keineswegs nur die negativen Wirkungen, sondern auch das stimulierende Element der Preisentwicklung auf dem Energiesektor sehen.

Einige Maßnahmen wurden zwangsläufig nur abstrakt angesprochen, weil nämlich kein europäischer Weg für fiskalpolitische Maßnahmen hier aufgezeigt werden kann. Jeder der 21 Mitgliedstaaten hat ein anderes Steuerrecht. Es gibt keine europäische Steuergesetzgebung. Deshalb kann es nur ein Hinweis sein, daß auch die Fiskalpolitik zu dem Zweck eingesetzt werden kann, eine rationellere oder sparsamere Verwendung von Energie zu erreichen. In unserem Land, in der Bundesrepublik geben wir gewisse Abschreibungsanreize, damit auf dem Bausektor besser isoliert wird. Aber wir diskutieren auch, inwieweit die Kraftfahrzeugsteuer auf die Mineralölsteuer umgelegt werden sollte, um denjenigen mit Steuer zu belasten, der das Fahrzeug tatsächlich nutzt, und um damit auch eine gewisse Bremse für eine zu intensive Energienutzung einzubauen.

Was die Kernenergie betrifft, so zeigt der Bericht wie das Ergebnis des OECD-Symposiums in Paris, daß hier im Parlament keine gemeinsame Linie zu finden ist. Es gibt Ablehnung, es gibt Zustimmung, und es gibt sehr differenzierte Abwägungen. Vor diesem Hintergrund finde ich es richtig, daß der Bericht Wert darauf legt, daß dort, wo Kernenergie in Europa weiter ausgebaut wird, die Sicherheit des geschlossenen Brennstoffkreislaufs und die Erforschung neuer Kernenergietechnologien Schwerpunkte der energiepolitischen Maßnahmen sein sollten.

Meine verehrten Kollegen, ich glaube, der Bericht ist ein wichtiger Beitrag zur Versachlichung der Energiediskussion in Europa. Er weist in die richtige Richtung und gibt uns Hilfestellung für die Entscheidungen in unseren nationalen Parlamenten. Ich möchte von dieser Stelle aus dem Berichterstatler nochmals für seine wertvolle Arbeit danken.

Entschließung 748

betr. Energie und Wirtschaft

Die Versammlung

1. verweist auf den Bericht über Energie und Wirtschaft (Dok. 4703), der ihr von ihrem Ausschuß für Wirtschaft und Entwicklung vorgelegt wor-

- den ist und berücksichtigt die Ergebnisse des parlamentarischen Symposiums, das am 10. und 11. April 1981 von der OECD und der Internationalen Energieagentur in Paris veranstaltet wurde;
2. ist sich bewußt, daß die Vervielfachung des Erdölpreises im Jahre 1973 und die spektakuläre Erhöhung, die während des Jahres 1979 eingetreten ist, für die Länder der OECD einen finanziellen Verlust in Höhe von jedesmal 2 % des Bruttosozialprodukts und für die nicht-erdölproduzierenden Entwicklungsländer eine noch viel kräftigere Einbuße bedeutet haben;
 3. ist der Auffassung, daß der Anstieg der Energiekosten zwar nicht der einzige, aber doch ein wichtiger Grund für die schwerwiegende wirtschaftliche und soziale Krise ist, die alle Industrieländer durchmachen und daß er eine erhebliche Beschränkung darstellt, die unmittelbare Auswirkungen auf die Preise, die Wirtschaftstätigkeit und den Beschäftigungsstand hat;
 4. unterstreicht, daß sich die Volkswirtschaften der Industrieländer, die ihr Wachstum in den letzten zwanzig Jahren auf eine reichliche und billige Energieversorgung gestützt hatten, an eine Lage anpassen müssen, in der Energie ständig knapper und teurer wird;
 5. stellt fest, daß die Versorgung trotz der politischen Umstürze in bestimmten erdölexportierenden Ländern während der letzten Monate ohne großes Problem gewährleistet werden konnte, daß aber diese günstige Lage nicht als Vorwand dienen darf, in den Bemühungen um eine Diversifizierung der Ressourcen und ihre sparsamere und rationellere Verwendung nachzulassen;
 6. ist der Auffassung, daß eine objektive Analyse der Reserven zeigt, daß das Energieproblem weniger ein Problem der Verfügbarkeit der Ressourcen als ein Problem der Zugänglichkeit zu den vorhandenen Ressourcen (Erdöl aus großen Meerestiefen oder Eisregionen, Ölschiefer und Ölsand, erneuerbare Energiequellen usw.) und politischer und sozialer Zwänge ist;
 7. ist überzeugt, daß der hohe Energiepreis nicht nur die sich in Zahlen widerspiegelnde Auswirkung einer relativen Knappheit an Ressourcen ist, sondern auch einen günstigen Faktor für die Erschließung von Reserven, die bislang unrentabel waren, und für eine größere Bereitschaft zur Energieeinsparung darstellt;
 8. ist der Auffassung, daß die Senkung des Energieverbrauchs in zahlreichen Ländern nicht gänzlich auf das Nachlassen der Wirtschaftstätigkeit zurückzuführen ist, ist jedoch von der Notwendigkeit verstärkter Energiesparmaßnahmen überzeugt;
 9. übersieht nicht die positiven Aspekte, die die Energiekrise bei der Beschleunigung der Modernisierung bestimmter Tätigkeiten, der Verbesserung der Produktivität und der Erschließung von Märkten für bestimmte Spezialbereiche der Wirtschaft insbesondere bei der Wärmeisolierung und der Produktion von energieeinsparendem Material haben kann;
 10. bringt den Wunsch zum Ausdruck, daß die Einfuhrländer es vermeiden, durch eine unausgewogene Energiepolitik noch einmal Bedingungen für eine erneute Abhängigkeit von einer kleinen Anzahl von Ländern zu schaffen, die Energiequellen (z. B. Uran) ausführen;
 11. ist sich völlig im klaren darüber, daß die nicht-erdölzeugenden Entwicklungsländer die ersten und die Hauptopfer der Energiekrise sind, berücksichtigt die unterschiedliche Lage der Mitgliedstaaten des Europarates und der Regionen innerhalb dieser Länder und hofft auf die Verwirklichung einer neuen internationalen Arbeitsteilung, die es möglich macht, die Kapitalüberschüsse der erdölexportierenden Länder und die technologischen Kenntnisse der Industrieländer miteinander zu verbinden, um die Probleme zu lösen, denen die Länder der Dritten Welt gegenüberstehen, insbesondere durch eine verstärkte Inanspruchnahme der Sonnenenergie und eine bessere Nutzung der Wasserkraft,
 12. fordert die Regierungen der Mitgliedstaaten des Europarats auf, ihre Energiepolitik festzulegen und zu koordinieren, um den Weg für die Durchführung einer gemeinsamen Energiepolitik zu bereiten, die folgenden Erfordernissen entspricht:
 - A. Unterstützung einer weitgehenden Selbstversorgung mit Energie und Gewährleistung einer sicheren Versorgung durch intensivere Erforschung, Prospektion und Nutzung aller vorhandenen Energiequellen; dazu sind folgende Maßnahmen erforderlich:
 - i. Erweiterung der Offshore-Erdölprospektion und Erschließung neuer Kohlenwasserstoffvorkommen durch staatliche, insbesondere finanzielle Hilfen für die Materialforschung und Erschließungsarten, die den Erfordernissen der Umwelt angepaßt sind;
 - ii. Verbesserung der Techniken für die Verflüssigung und Vergasung von Kohle sowie der Verfahren der Untertagevergasung für Kohle, um die Erschließung von für traditionelle Gewinnungsmethoden unzugänglichen Flözen zu ermöglichen;
 - iii. Förderung der Forschung im Bereich neuer und erneuerbarer Energiequellen, die, wenngleich sie kurz- oder mittelfristig Öl nicht ersetzen können, dazu beitragen könnten, spezifische Erfordernisse der Energieversorgung zu erfüllen und damit den Druck auf den Ölmarkt verringern würden;
 - iv. in Ländern, die sich für die nukleare Option entschieden haben, verstärkte Bemühungen im Hinblick auf die technischen Anlagen zu unternehmen und dabei der Verbesserung der Sicherheitsmaßnahmen

und der Verfahren für die Abfallagerung unter Achtung des Willens der Bevölkerungen und unter Berücksichtigung der Auswirkungen der Kernkraftwerke auf die Umwelt Vorrang zu verleihen sowie die Forschung im Bereich der neuen Techniken zu fördern, die eine Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Kernenergie und deren langfristige Verfügbarkeit ermöglichen;

- v. Schaffung von Einrichtungen für die Nutzung von natürlicher Energie (Sonne, Geothermik, Wind, Wellen, Gezeiten usw.), wo immer es die Umstände erlauben;

B. Förderung von Energiesparmaßnahmen, die dazu beitragen, im Energiebereich auf Dauer wieder eine zufriedenstellende Lage herzustellen; dazu sind folgende Maßnahmen erforderlich:

- i. entschlossene Inanspruchnahme von Preismechanismen durch automatische Umlegung aller Preissteigerungen auf die Endpreise für Energie (die jüngste amerikanische Entscheidung, die Subventionen für lokal erzeugtes Erdöl zu streichen, stellt in dieser Hinsicht einen beträchtlichen Fortschritt dar);
- ii. Anwendung fiskalischer Methoden zur Unterstützung von energieeinsparenderen Lebens- und Produktionsformen durch die Besteuerung von verschwenderischen Aktivitäten und Erzeugnissen und die Subventionierung von Verfahren und Geräten, die dazu bestimmt sind, Ressourcen einzusparen und rationeller zu verwenden;
- iii. Förderung von Maßnahmen zur Schulung und Unterrichtung der Öffentlichkeit hinsichtlich der Notwendigkeit, die Einstellung gegenüber der Energie, die ein kostbares Gut geworden ist, zu ändern;
- iv. Entwicklung von Programmen zur Ausbildung und beruflichen Weiterbildung im Bereich der Energieeinsparung und der Entwicklung neuer und erneuerbarer Energieformen im Rahmen der Programme für die Zusammenarbeit zwischen den Universitäten, für die die vom Europarat eingerichtete Ständige Konferenz über die Probleme der Universität zuständig ist, um dadurch die Zusammenarbeit zwischen Forschung und Lehre zu verbessern;
- v. intensive Bemühungen um eine objektive Information über die verschiedenen Aspekte der Nuklearfrage;

C. Vorbereitung geeigneter Maßnahmen zur Vermeidung eines erneuten sprunghaften und plötzlichen Preisanstiegs für Erdöl, der verheerende Wirkungen auf die Weltwirtschaft hätte; dazu sind folgende Maßnahmen erforderlich:

- i. Konkrete Erwägung der Möglichkeit einer Festsetzung (und möglicherweise Zahlung) des Erdölpreises nach einem gewichteten Korb von Währungen oder Indices industrieller Produktion, um für die erdölproduzierenden und erdölverbrauchenden Länder stabile Austauschrelationen zu erhalten;
- ii. Ausarbeitung von lang- und mittelfristigen Verbrauchsschemen für fossile Energiequellen, um Produktionsprognosen zu ermöglichen;
- iii. Prüfung der Mechanismen für eine trilaterale Zusammenarbeit zwischen Industrieländern, erdölproduzierenden Ländern und erdölverbrauchenden Entwicklungsländern im Rahmen der innerhalb der Vereinten Nationen und ihrer Sonderorganisationen eingeleiteten globalen Verhandlungen.

Mittwoch, 13. Mai 1981

Tagesordnungspunkt:

Schutz der Arbeitnehmer bei Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers

(Drucksache 4699)

Berichterstatter: Abg. Reinhart

Büchner (Speyer) (SPD): In aller Kürze, Herr Präsident! Ich möchte Herrn Kollegen Reinhart im Namen des Ausschusses für seine höchstpersönliche Initiative, die diesem Bericht zugrunde lag, sehr herzlich danken.

Ich glaube, gerade in einer Zeit, wo wirtschaftliche Schwierigkeiten in vielen Ländern keine Seltenheit sind, ist es wichtig, die schwächsten Glieder des Wirtschaftsprozesses vor negativen Folgen von Entwicklungen abzusichern, die teilweise unvermeidbar sind. Wir meinen, besonders in einer Zeit, wo neben den allgemeinen konjunkturellen Schwierigkeiten oft noch Einflüsse von neuen Techniken auftreten, die dazu führen, daß alte Produktionsweisen aufgegeben werden und neue zum Tragen kommen, ist einfach nicht zu vermeiden, daß Betriebe Konkurs anmelden müssen. Uns hier geht es darum, die **Arbeitnehmer vor den negativen Folgen des Konkurses** dadurch zu **schützen**, daß sie für geleistete Arbeit Entgelt erhalten und nicht zu denen gehören, die dann, mangels Masse, nicht mehr entschädigt werden. Damit ist das Problem der Konkurse an sich und der Arbeitslosigkeit infolge von Konkursen überhaupt nicht angesprochen. Es geht nur um einen sozialen Schutz.

Ich meine, das ist ein Zeichen dafür, ob das soziale System funktioniert. Es ist insbesondere dann auf den Prüfstand gestellt, wenn die Zeiten wirtschaft-

lich schwieriger sind. Wenn die Sonne scheint, erscheint vieles in strahlendem Licht, aber wenn es mal da oder dort schlechter geht, kommt es darauf an, daß das soziale System so geschmiedet ist, daß die Schwächsten einen Schutz erhalten.

Dies war auch das Ziel der dankenswerten Initiative des Kollegen Reinhart, die der Ausschuß aufgegriffen hat und die nach ausführlichen Diskussionen im Kompromißwege zu der Vorlage dieses Berichts geführt hat.

Wir können nicht sagen — und der Berichterstatter hat das nicht behauptet —, daß man die eine oder andere Bestimmung dieses Berichts nicht noch hätte besser fassen können, aber, wie gesagt, wir mußten Kompromisse machen und auch Überlegungen, die der Initiative ursprünglich nicht zugrunde lagen, mit in die Vorlage an dieses Plenum einbauen.

Alles in allem meinen wir aber, Herr Präsident, daß — gegenüber dem derzeitigen Zustand in vielen Ländern des Europarates in dieser Frage — diese Vorlage, wenn sie aufgegriffen und verwirklicht wird, einen erheblichen Fortschritt bedeutet. — Ich wäre deshalb sehr dankbar, wenn diese Versammlung dieser Vorlage eine Mehrheit geben könnte.

E m p f e h l u n g 919

betr. den Schutz der Arbeitnehmer bei Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers

Die Versammlung

1. erwägt die Wirtschaftskrise und den Schutz, der den Arbeitnehmern in Europa bei Konkurs ihrer Arbeitgeber im allgemeinen gewährt wird, insbesondere die Arbeitslosenunterstützung;
2. stellt jedoch fest, daß die Position privilegierter Gläubiger, die die Gesetzgebung den Arbeitnehmern in den meisten europäischen Ländern einräumt, im Hinblick auf die den Arbeitnehmern geschuldeten Gelder, unzureichend und auf jeden Fall nutzlos sein kann, wenn der Arbeitgeber insolvent ist;
3. hält es für außerordentlich wichtig, daß die Arbeitnehmer das volle Gehalt erhalten, das ihnen für die Arbeit zusteht, die sie vor Eröffnung des Konkursverfahrens in der normalen Weise ausgeführt haben;
4. betont die Notwendigkeit, daß der Staat zu diesem Zweck die Zahlung der Löhne und Gehälter garantiert, ganz gleich nach welchem Versicherungssystem;
5. ist über die am 20. Oktober 1980 angenommene Richtlinie der Europäischen Gemeinschaften zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über den Schutz der Arbeitnehmer bei Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers unterrichtet;
6. ist der Meinung, daß die Existenz dieses Textes den Europarat nicht von jeglichen Maßnahmen

befreien darf, sondern daß dieser Text im Gegenteil als Modell für eine Ausweitung auf alle 21 Mitgliedstaaten dienen muß;

7. unterstreicht die Interdependenz, die gegenwärtig mehr denn je die wirtschaftlichen und sozialen Probleme in Westeuropa kennzeichnet, die nicht allein in einer kleinen Gruppe von Staaten gelöst werden können;
8. empfiehlt dem Ministerkomitee, einen bestehenden Ausschuß zu beauftragen, diese Frage zu untersuchen und die Möglichkeit zu prüfen, eine Entschließung mit Empfehlungen an die Mitgliedstaaten oder irgendein anderes Instrument auszuarbeiten, um die soziale Sicherheit der Arbeitnehmer gegen die Risiken des Wirtschaftslebens, die sich aus der Insolvenz ihrer Arbeitgeber ergeben können, zu verbessern, wobei dieses Instrument sich selbstverständlich so weit wie möglich auf den entsprechenden Text der Europäischen Gemeinschaften stützen und die folgenden Prinzipien enthalten sollte:
 - a) Die Einrichtung oder Aufrechterhaltung eines Garantiefonds für die Auszahlung von Löhnen und Gehältern, der unabhängig vom Geschäftsvermögen des Arbeitgebers funktioniert;
 - b) die Finanzierung dieses Fonds sollte in erster Linie durch Arbeitgeberbeiträge erfolgen und durch öffentliche Mittel ergänzt werden;
 - c) Der Staat muß die Auszahlung der fälligen Löhne und Gehälter garantieren;
 - d) Die soziale Sicherheit des Arbeitnehmers muß unabhängig von der Zahlung von Sozialversicherungsbeiträgen kontinuierlich gewährleistet sein.

Tagesordnungspunkt:

Haushaltsentwurf der Versammlung für 1982

(Drucksache 4702)

Berichterstatter: Abg. Jung

Tagesordnungspunkt:

Bericht des Ministerkomitees

(Drucksache 4708)

Berichterstatter: Außenminister Ola Ullsten
(Schweden)

*Abg. Pensky (SPD) fragt den amtierenden Vorsitzenden des Ministerkomitees, wie viele **Abkommen** z. Z. im **Europarat** vorbereitet wurden, ob das Ministerkomitee zu diesen Abkommen die Stellungnahme der Versammlung einholen werde und ob es allgemein im Sinne des Statuts bereit sei, mehr Fragen als bisher der Versammlung zur Stellungnahme vorzulegen.*

Hierauf antwortet der amtierende Vorsitzende des Ministerkomitees, Außenminister Ola Ullsten, es befänden sich zur Zeit sechs Abkommen in Vorbereitung. Das Ministerkomitee habe das Sekretariat angewiesen, bei jedem Beschlußtext zu prüfen, ob er für die Einholung einer Stellungnahme der Versammlung geeignet sei. Im gleichen Sinne werde das Ministerkomitee im Falle von Abkommen verfahren.

Tagesordnungspunkt:

Ansprache des österreichischen Außenministers, Willibald Pahr

Tagesordnungspunkt:

Die Lage in der Türkei

(Drucksache 4710)

(kein Berichterstatter)

Dr. Freiherr Spies von Büllersheim (CDU/CSU): Herr Präsident, nach Artikel 3 des Statuts des Europarates muß jeder Mitgliedstaat die Menschenrechte und die persönlichen Freiheitsrechte des einzelnen verwirklichen. Und es ist das Ziel des Artikels I unseres Statuts — deswegen sind wir hier zusammen —, daß sich die Mitgliedstaaten darin gegenseitig unterstützen.

Seit dem 12. September regiert in der **Türkei** eine Militärregierung. Sie regiert mit Härte. Es gibt in der Türkei Folterungen und vielfache Verletzung von Menschenrechten. Zwei unserer Kollegen befinden sich dort in Haft. Der Präsident dieser Versammlung hat diese beiden Kollegen nicht besuchen dürfen. Die Informationen über ihr Schicksal sind dürftig und unsicher. Eben diese Militärregierung aber legt gesteigerten Wert darauf, Mitglied des Europarates zu bleiben.

Sieht man nur diese Fakten, dann erscheint schon die Fragestellung an sich absurd, wieso wir diese Regierung weiterhin als **Mitglied des Europarates** halten dürfen, dann entsteht die Frage, warum wir denn nicht nach unserer Charta handeln und nach Artikel VIII den Ministerrat auffordern, den Ausschluß einzuleiten. Es ist doch ganz klar, daß die gegenwärtige Regierung der Türkei gegen die Menschenrechte verstoßen hat und laufend verstößt.

Der Bericht unseres Kollegen Steiner, der ja jetzt leider kein offizieller Bericht ist, ist vorsichtig und von einem großen Wohlwollen getragen. Das gilt auch für den Bericht unseres früheren Präsidenten de Koster. Die Tür soll nicht zugeschlagen werden. Man will der Türkei bei der Rückkehr zur Demokratie helfen.

Wir alle stehen vor der schwierigen Frage, ob wir angesichts der eindeutigen Verletzung unserer Charta auf der einen Seite und des übereinstimmenden Willens auf der anderen Seite, der Türkei zu helfen, der vorsichtigen Empfehlung des Kollegen Steiner zu-

stimmen sollten. Für uns alle ist diese Entscheidung nicht leicht.

Natürlich haben wir die vielfachen Erklärungen der Militärregierung, sie werde wieder zur Demokratie zurückkehren. Aber bis heute ist auf diesem Wege überhaupt keine Entwicklung, kein Ansatz sichtbar. Ist es zum Beispiel richtig, daß der verfassungsgebenden Versammlung kein früherer Parlamentarier angehören soll? Wann wird diese Versammlung überhaupt einberufen? Wann werden die Freiheiten der Parteien wiederhergestellt, wann die der Gewerkschaften, wann die religiösen Freiheiten? Gibt es tatsächlich Ausbürgerungen, hat es sie gegeben, und wird es sie weiterhin geben? Das alles sind Fragen, deren Beantwortung wir harren. Warum hat die türkische Regierung dieser Versammlung keinen offiziellen Bericht über das Schicksal unserer beiden Kollegen gegeben? Sie sollen sich des unerlaubten Waffenbesitzes schuldig gemacht haben. Warum hat man uns das nicht offiziell, mit Datum usw., mitgeteilt? Warum schweigt man? Warum sind wir auf so unsichere Informationen angewiesen? Ist es nicht eigenartig, daß unser früherer Präsident de Koster die Kollegen aus Gründen des türkischen Rechts nicht sprechen konnte — eines Rechts, das sonst mit Füßen getreten wird? Das ist eine Fülle von Fragen.

Dennoch, Herr Präsident, meine Damen und Herren — und da nehme ich Bezug auf das, was unser Kollege Sir Frederick Bennett gesagt hat —, müssen wir uns die Frage stellen, ob wir daraus heute die Konsequenz eines Ausschlusses der Türkei aus diesem Europarat ziehen sollten, ob wir dieser türkischen Regierung nicht noch einmal Gelegenheit geben sollten, uns Ansätze auf dem Wege zur Rückkehr zu Menschenrechten und Demokratie zu zeigen. Ich glaube, daß wir trotz der starken Bedenken, die wir alle haben und die ich noch einmal angesprochen habe, der Türkei diese Chance geben sollten. Deswegen stimme ich dem vorsichtigen Bericht des Kollegen Steiner zu.

Zugleich mit dieser Bereitschaft aber — das möchte ich jedenfalls für mich persönlich sagen — sollten wir klarstellen, daß der Faden unserer Geduld auf das äußerste angespannt ist, daß er in Zukunft nicht mehr belastbar ist, daß dies eine letzte Chance ist und daß wir nicht bereit sind, die Grundsätze unserer Charta auf Dauer dadurch anzutasten und unserem Europarat seine Glaubwürdigkeit, den Glauben an die eigene Charta, dadurch zu nehmen, daß wir diese Charta fallweise aus Opportunitätsgründen einfach beiseite schieben.

Ich bin also der Meinung, meine Damen und Herren, Herr Präsident, daß wir trotz stärkster Bedenken dem jungfräulichen Bericht, wie der Kollege Sir Frederick ihn soeben genannt hat, also dem Bericht des Kollegen Steiner in dessen ursprünglicher Fassung zustimmen sollten, aber mit der ganz klaren Aussage, daß dies nur eine Zustimmung auf Zeit sein kann. — Ich danke Ihnen.

Dr. Geßner (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mir stockt noch jetzt der Atem bei dem Gedanken, daß auf den Heiligen Vater geschossen

worden ist. Als erster sozialdemokratischer Sprecher möchte ich im Namen meiner sozialdemokratischen Freunde den sehnlichen Wunsch zum Ausdruck bringen, daß der Heilige Vater bald wieder genesen möge. Ich verbinde damit die Hoffnung, daß die verbrecherischen Terroristen ihrer gerechten Strafe zugeführt werden können.

Aber nun zur Tagesordnung: Es gab nur wenige Probleme, die wir in den letzten Jahren hier im Europarat beraten haben, die so viele Schwierigkeiten und Mühen bereiteten, wenn es darum ging, ein passables, für alle befriedigendes Ergebnis zu finden. Gewiß besteht Einigkeit darüber, daß in der **Türkei** etwas geschehen ist, was wir unter keinen Umständen akzeptieren dürfen, nämlich ein Militärputsch. Aber es bestehen unterschiedliche Auffassungen über die Frage, welchen Weg die Türkei denn jetzt wohl nimmt. Es geht in dieser Debatte — zugespitzt — um die Frage, wie man die weitere Entwicklung in der Türkei beurteilt.

Wer sagt, die Diktatur werde sich durchsetzen, die Demokratie habe keine Chance mehr, der wird notwendigerweise für den Ausschluß unserer türkischen Kollegen plädieren müssen. Wer der Meinung ist, daß aber doch noch eine Entwicklung hin zur Demokratie möglich sei, der wird sich folglich anders entscheiden müssen. Jeder von uns kann sich irren. Die Zukunft erst wird zeigen, wer recht gehabt hat.

Zunächst einmal ist Tatsache — das muß natürlich auch erwähnt werden —, daß vor dem Putsch die Verhältnisse in der Türkei katastrophal gewesen sind. Das Parlament war arbeitsunfähig. Der Präsident konnte nicht gewählt werden. Es gab eine ökonomische Situation, die man nur als Katastrophe bezeichnen kann, und es gab ein gefährliches Ausmaß an Terrorismus. Inzwischen ist der Terrorismus — wie wir gehört haben — zurückgegangen. Wir alle sind sehr froh darüber. Allerdings darf das über einen Tatbestand nicht hinwegtäuschen: Für uns Sozialdemokraten und Demokraten überhaupt muß selbstverständlich sein, daß die Demokratien ihre Probleme alleine lösen.

Die Herstellung geordneter, vernünftiger Verhältnisse in einem Staat darf kein Alibi für Staatsstreich sein. Wir müssen kompromißlos eine Reihe von schwerwiegenden Entwicklungen beklagen: Das Parlament ist ausgeschaltet, die Rechtsstaatlichkeit ist abgeschafft, es gibt keine freien Gewerkschaften mehr, es gibt schlimme Folterungen. Es gibt keine freie Presse, Menschen- und Grundrechte sind außer Kraft gesetzt. Wir haben Kollegen, die in Haft sind, und vieles andere mehr.

Korrekterweise muß man aber auch hinzufügen, daß sich die türkische Regierung bereiterklärt hat, diejenigen vor Gericht zu stellen, die sich durch Folterungen an anderen Menschen vergehen. Die jetzige Regierung hat ein Bekenntnis zur Demokratie abgelegt. Ich habe mich an den türkischen Botschafter in Bonn gewandt, der mir unter anderem folgendes geschrieben hat — ich möchte dies hier einmal verlesen —:

Im Programm der türkischen Regierung wird festgestellt: „Unsere Beziehungen zu und unsere Zu-

sammenarbeit mit dem Europarat und anderen internationalen Organisationen, die aus demokratisch regierten Mitgliedsländern bestehen, werden von unserer Entschlossenheit bestimmt, zum parlamentarischen System zurückzukehren.“

So wichtig diese Erklärung auch ist, so muß ich doch hinzufügen: sie reicht nicht aus. Ich beklage, daß die Militärregierung in den vergangenen Monaten, wo sie doch die Möglichkeit dazu hatte, keine deutlichen Zeichen gesetzt hat. Nicht daß ich erwarte, daß sie bereits einen Verfassungsentwurf vorlegt. Das geht nicht in wenigen Monaten. Aber es hätten doch einige Prinzipien genannt werden können, auf denen die neue Verfassung beruhen soll.

Ich will auch nicht verschweigen, daß der Ratschlag meiner politischen Freunde in der Türkei für mich außerordentlich großes Gewicht hat. Sie sind vor Ort, sie wissen, was sich ereignet. Wir kennen ihre Integrität. Wir kennen ihr Urteilsvermögen. Alle haben uns übereinstimmend geraten, im Europarat keine vollendeten Tatsachen zu schaffen; wir sollten dem Ausschluß der türkischen Parlamentarier nicht das Wort reden. Ich muß das respektieren, und von dieser Stelle aus möchte ich an meine sozialistischen Freunde aus allen Ländern des Europarates appellieren, den Rat unserer sozialistischen Kollegen in der Türkei anzunehmen und ihre Solidarität durch entsprechendes Stimmverhalten zu beweisen.

Unser Problem ist: Was können wir tun, damit die Türkei zur Demokratie zurückkehrt? Und es stellt sich zweitens die Frage: Ist die Grenze des Zumutbaren bereits überschritten, oder kann man noch abwarten? Einerseits möchte ich mir nicht vorwerfen lassen, ich hätte dazu beigetragen, Möglichkeiten der Rückkehr zur Demokratie zu verschütten. Andererseits möchte ich mich nicht eines Tages dem Vorwurf ausgesetzt sehen, ich hätte die Zustände in der Türkei verharmlost.

Die Konsequenz ist, daß die türkische Regierung entsprechende Signale setzen muß. Unsere Geduld währt nicht ewig. Ich hoffe, daß bis zur nächsten Sitzung im September oder Oktober diese Signale gesetzt worden sind. Ich bitte, auch daran zu denken, daß es in der Türkei Kräfte gibt, die dieses Land von Europa wegführen wollen. Bitte denke ein jeder daran: Der Staat, über den wir hier reden, ist ein Staat mit islamischer Religion, der einzige im Europarat. Wir sollten diese Brücke in die Welt des Islams nicht leichtfertig aufs Spiel setzen. — Herzlichen Dank.

Donnerstag, 14. Mai 1981

Tagesordnungspunkt:

Die Lage in der Türkei

(Fortsetzung der Aussprache)

Dr. Vohrer (FDP): Herr Präsident! Verehrte Kollegen! Die Türkei-Diskussion konzentriert sich immer mehr auf zwei Punkte: **Ausschluß der Türkei aus**

dem **Europarat** oder Verlängerung des Mandats und gemeinsame Arbeit in den nächsten Monaten. Die Analyse der Situation und die Argumente wurden sowohl hier im Parlament als auch in den Ausschüssen in aller Ausführlichkeit vorgetragen. Ich kann mich hier auf einen Punkt konzentrieren: Ist es moralischer, die Türkei auszuschließen, oder ist es moralisch genau so zu rechtfertigen, daß wir sie weiter im Europarat haben.

Ich glaube, wir alle hier im Saal sind uns in der eindeutigen Zielsetzung einig, daß wir die Türkei so früh wie möglich zur Demokratie zurückführen wollen, zu einer parlamentarischen Demokratie auf allen politischen Ebenen. Es ist eigentlich nur ein Streit um die Mittel, wie wir dieses Ziel am schnellsten erreichen. Da trennen sich die Geister. Die einen sind der Ansicht, daß der Ausschluß, die anderen, daß ein Zeitplan die Türkei schneller zur Demokratie zurückführt.

Ich gehöre der zweiten Gruppe an. Ich befürworte einen ganz eindeutigen **Zeitplan**, der deutlich macht, unter welchen Prämissen wir die Türkei weiterhin in der Parlamentarischen Versammlung sehen wollen. Dazu gehört für mich die Einsetzung einer verfassungsgebenden Versammlung im Herbst, die Rückkehr zur Demokratie bis Ende 1982, die Wiederherstellung der Freiheits-, der Gewerkschafts- und der Parteirechte, der Pressefreiheit, die Abschaffung des 90-Tage-Gesetzes, die Überprüfung der Foltervorwürfe und die Bestrafung der Folterer, das Ausreiserecht für demokratische Politiker, das Recht auf weitere politische Betätigung der derzeitigen Parlamentarier und die Hoffnung, daß in die Staatsführung alsbald auch Politiker aufgenommen werden.

In diesem Fahrplan möchte ich auch keine Verschwommenheit sehen. Wenn dieser Fahrplan nicht eingehalten wird, dann muß der Ausschluß automatisch erfolgen. Dann brauchen wir uns hier nicht mehr darüber zu unterhalten. Wenn diese Bedingungen nicht erfüllt sind, dann muß die Türkei ausgeschlossen werden.

Ich bin absolut sicher, daß man, wenn wir den Zeitplan so rigoros auffassen, moralisch nicht zwischen dem einen und dem anderen Weg unterscheiden kann. Dann sind beide Wege demokratisch einwandfrei. Es geht nur darum, daß die eine Gruppe der Ansicht ist, daß ihr Ansatz wirkungsvoller ist, und die andere Gruppe ihren Ansatz für wirkungsvoller hält.

Ich glaube, wenn wir die Debatte so werturteilsfrei führen und dann zu einer demokratischen Mehrheit kommen, werden wir unserer Aufgabe gerecht, und jeder kann für sich in Anspruch nehmen, daß er sich zum Ziel gesetzt hat, die türkischen Kollegen sobald wie möglich wieder als gewählte Vertreter hier in diesem Raum zu haben und die Türkei im Europarat zu belassen, wenn die Voraussetzungen stimmen. Ich hoffe, daß wir in dieser Zielrichtung heute zu einer vernünftigen Entscheidung kommen werden.

Dr. Bardens (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich wollte eigentlich auf meine Wort-

meldung verzichten, weil, wie soeben schon gesagt wurde, kaum neue Argumente beizutragen sind — wenn nicht heute morgen eine Zeitung einen Bericht über unsere Debatte aufgemacht hätte mit der Überschrift: Die deutschen Sozialdemokraten für die Militärdiktatur in der Türkei. Dies ist nicht nur grober Unfug, sondern der Versuch einer Verleumdung. Deswegen muß ich ein paar Worte sagen.

Jedermann weiß, daß die deutschen Sozialdemokraten in der jüngeren Geschichte viel Verfolgung zu erleiden hatten, weil sie in jeder Situation und unter allen Umständen immer für die Demokratie und für die **Menschenrechte** eingetreten sind. Dies haben wir nicht nur in unserer Geschichte getan, das tun wir auch weiterhin. Niemals würden wir für eine Militärdiktatur als Lösung der Probleme eines Landes eintreten. Wir verurteilen jede Verletzung von Menschenrechten und wir versuchen, mit unserem Einfluß dafür zu sorgen, daß Menschenrechtsverletzungen verfolgt werden — ganz gleich, wo sie geschehen, erst recht in der **Türkei**, über die wir uns jetzt gerade unterhalten. Wir verurteilen aber auch den Terror, der zum Zusammenbruch der türkischen Demokratie geführt hat und die Demokratien in unseren Ländern immer noch bedroht. Wir versuchen, alles zu tun, um von hier aus, mit den Möglichkeiten, die wir haben, eine schnellere Rückkehr der Türkei zur Demokratie zu unterstützen.

Wir sind von unseren demokratischen türkischen Freunden mehrfach gebeten worden, die letzte praktische Verbindung, die sie mit der westeuropäischen Demokratie haben, nämlich ihre teilweise Anwesenheit hier in unserer Versammlung, nicht abreißen zu lassen, nicht abzuschneiden. Dafür treten wir hier ein, nicht für eine Militärdiktatur! Ich meine, daß sich die türkischen Demokraten, aber auch die Demokraten sonst in der Welt, wenn sie bedrängt und bedroht sind, auf die Solidarität der deutschen Sozialdemokraten verlassen können.

Dr. Holtz (SPD): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Türkei und das türkische Volk durchleben in dieser Zeit eine weitere schwierige Periode ihrer Geschichte. Politisch gesehen handelt es sich in der Türkei um eine offene Militärdiktatur. Bereits dreimal befand sich die Türkei in einer ähnlichen, wenn auch nicht voll vergleichbaren Lage. Jedesmal fand sie mehr oder weniger wieder zur Demokratie zurück. Können wir also auf ein historisches Gesetz vertrauen, daß es der **Türkei** jedesmal wieder gelingt, die **Demokratie** wiederherzustellen? Ich meine, nein, weil ich ganz allgemein sogenannten historischen Gesetzen gegenüber große Skepsis habe, aber auch weil es andere Beispiele in der Geschichte gibt, die ein solches Gesetz widerlegen — ich denke etwa an Chile, das auch eine lange demokratische Tradition hatte, wo die Militärs mehrfach eingegriffen haben, zuletzt 1973, und wo versprochen wurde, daß man zur Demokratie zurückkehren werde; man weiß, daß das Wort sofort gebrochen worden ist —, außerdem aber auch, weil in der Türkei von heute die Voraussetzungen für eine Demokratie alles andere als günstig sind. Große wirtschaftliche und soziale Probleme erdrücken die

türkische Bevölkerung. Hohe Inflationsraten, eine hohe Arbeitslosigkeit, Terrorismus und vom jetzigen Staat ausgeübter Terrorismus sind Todfeinde einer jeden Demokratie.

So manche Demokratien in Europa haben vielleicht noch unter ähnlichen Donnerschlägen zu leiden. Hoffentlich wird es den Demokratien erspart bleiben. Aber jedes Volk, das nach Demokratie strebt, nach Freiheit von Not und Furcht, weil erst sie ein menschenwürdiges Leben ermöglicht, hat die Solidarität des Europarates und der Demokratien verdient und nötig. Hier geht es nicht um hochnäsige, paternalistische Vorschläge. Auch wir hier im Europarat allein können die Demokratie in der Türkei nicht wiederherstellen. Wir können nur versuchen, Druck in dieser Richtung auszuüben und Hilfen anzubieten.

Nicht das nach Demokratie strebende türkische Volk steht heute im Sperrfeuer der Kritik. Wir kritisieren die Militärs. Für sie darf es keine Hilfe und auch keine Europaratsentschließung geben, die von ihnen als Unterstützung verstanden oder als Unterstützung dargestellt werden kann. Es darf also keine Beschwichtigungs-, keine Appeasement-Politik geben. Wir dürfen es den Militärs auch nicht erlauben, sich in einen Scheinparlamentarismus zu flüchten, der es ihnen gestattet würde, dem Ausland demokratische Verhältnisse vorzuspiegeln.

Wir im Europarat müssen doch eigentlich stark enttäuscht sein: Im Januar haben wir über die Lage in der Türkei diskutiert und auf wirkliche positive Zeichen gehofft. Was ist statt dessen eingetreten? Nach der Januar-Session kam es zu Ausbürgerungen aus der Türkei — eine menschenverachtende Praxis, die wir aus Ostblockstaaten kennen. Es kam zu Ausreiseverboten für demokratische Politiker, zur Ankündigung der Einschränkung der parlamentarischen Wählbarkeit. Das Internationale Rote Kreuz erhält keine Gelegenheit, etwa in die Gefängnisse zu gehen.

Wir als parlamentarische Versammlung haben von den Herren Generälen in der Türkei eine Backpfeife erhalten.

In der letzten Zeit sind schon viele Todesurteile verkündet, aber noch nicht vollstreckt worden. Hoffentlich erleben wir nicht — bis jetzt hält man sich noch zurück —, daß es nach dieser Debatte zu massiven Exekutionen in der Türkei kommt.

Wir alle wünschen die alsbaldige Herstellung und Sicherung rechtsstaatlicher, demokratischer Verhältnisse in der Türkei. Was bedeutet das im einzelnen? Schluß mit diesen Ausbürgerungen! Schluß mit den Folterungen! Aufhebung der Pressezensur! Schluß mit den Verhaftungen von Gewerkschaftern und Wissenschaftlern! Freilassung von inhaftierten demokratischen Parlamentariern und Gewerkschaftern und Anhängern demokratischer Organisationen! Auskunft über den Verbleib von Vermissten, besonders in den kurdischen Provinzen! Beendigung der Kampagne gegen die türkischen Demokraten im Ausland!

Der Entwurf einer Richtlinie über die Lage in der Türkei ist viel zu harmlos, meine ich. Ich finde es gut,

daß schon eine Reihe von Ergänzungs- und Verbesserungsvorschlägen vorliegt. Die Parlamentarische Versammlung des Europarates ist es auch den Kollegen auf der iberischen Halbinsel schuldig, daß wir eine klarere Sprache in unserer Entschließung sprechen. Diese Entschließung darf kein Ruhekitz für die Feinde einer demokratischen Entwicklung sein. Sie muß vielmehr den demokratischen Kräften in der Türkei helfen. — Besten Dank.

Rösch (FDP): Herr Präsident! Verehrte Kollegen! Wir befinden uns in der Diskussion in der schwierigen Situation, uns hier zwischen der Notwendigkeit pragmatischer Politik und der Einhaltung von Prinzipien entscheiden — oder unterscheiden — zu müssen. In dieser Schwierigkeit befinden sich Politiker immer. Aber bei uns erhöht sie sich dadurch, daß wir im nationalen Parlament auf der einen Seite und in diesem Parlament auf der anderen Seite gewissermaßen von unterschiedlichen Ebenen ausgehen müssen.

Auf der Ebene der Pragmatik gibt es wirtschaftliche Interessen, eine strategische Situation, die Frage der Sicherung der Ölwege, die Frage der Vermeidung der Re-Islamisierung der **Türkei** ebenso wie die der Verhinderung der Verstärkung sowjetischen Einflusses in diesem Bereich.

Es wird angeführt — und das sicher zu Recht —, daß die Diskussion unredlich ist, nachdem wir als Europarat in der Vergangenheit die Verletzungen der Menschenrechte durch die Demokratie dort eigentlich schweigend hingenommen haben. Zu Recht sagt man: Jetzt plötzlich regt ihr euch über derartige Verletzungen viel stärker auf als vorher.

Für uns Deutsche kommt hinzu, daß es eine traditionelle Freundschaft zwischen dem türkischen und unserem Volk gibt.

Es ist daher sehr leicht, auf der Ebene dieser nationalen strategischen und pragmatischen Überlegungen zu dem Schluß zu gelangen, daß — auch vor dem Hintergrund der Erhaltung der Möglichkeit des Kontakts — die Aufrechterhaltung der Mitgliedschaft in diesem Gremium zu bejahen ist.

Es gibt aber, meine verehrten Kollegen, auch die andere Ebene, nämlich die der Glaubwürdigkeit dieses Parlaments. Wie viele Bastionen gibt es auf der Welt eigentlich noch, die in der Lage sind, unbestechlich von der Politik, unbestechlich von pragmatischen Entscheidungen als gewählte Organe klare, glaubwürdige Entscheidungen zu treffen? Die UNO hat da in einigen Bereichen sicher kein gutes Beispiel gegeben. Vor dem Hintergrund einer protestierenden Jugend in den Städten, von Wien bis Berlin, Zürich oder Amsterdam, stellt sich die Frage: Kann es sich dieses Gremium angesichts der Frage nach seiner Glaubwürdigkeit und angesichts der Existenz von so wenigen glaubwürdigen Gremien eigentlich erlauben, hier eine pragmatische Lösung zu finden? Ergibt sich die Antwort darauf nicht aus dem Selbstverständnis dieses Gremiums, unbeschadet dieser sehr bedeutenden Argumente?

Meiner Meinung nach, verehrte Kollegen, wäre es die beste Lösung gewesen, wenn die türkische Re-

gierung, die die Prinzipien dieses Rates kennt, und die türkischen Kollegen, die die Prinzipien ebenfalls kennen und die natürlich auch wissen, was in ihrem Land passiert, die Konsequenz daraus gezogen hätten und sich bereit erklärt hätten, bis zur Wiederherstellung der Demokratie, ohne formell ausgeschlossen worden oder ausgetreten zu sein, gewissermaßen auf Aktivitäten zu verzichten. Aber so ist der Schwarze Peter gewissermaßen bei uns.

Da ich nicht annehme, daß sich die türkische Regierung und die türkischen Kollegen hier so verhalten werden, bleibt nur zu hoffen, daß wir das, was wir diskutiert haben und z. B. von meinem Kollegen Vohrer dargelegt wurde, dann auch durchziehen, nämlich den Forderungskatalog, den Fahrplan.

Im Hinblick auf die Glaubwürdigkeit des Europarats und die Aufrechterhaltung des Prinzips, daß es hier in Europa ein Gremium gibt, das sich nicht von Pragmatik bestechen läßt, fordere ich Sie auf und bitte Sie, wenn bis zur nächsten Sitzung oder bis zu dem vereinbarten Zeitpunkt die folgenden Punkte nicht eingehalten werden, klar und unmißverständlich den Ausschluß der Türkei aus diesem Gremium zu beschließen: Wiederherstellung der Freiheits-, Gewerkschafts- und Parteirechte und der Pressefreiheit, Abschaffung der 90-Tage-Regelung, Überprüfung der Foltervorwürfe, Bestrafung der Folterer und — nicht zum Schluß, sondern als Hauptpunkt — ein sichtbares Zeichen der türkischen Regierung, dafür zu sorgen, daß die Verfolgung von ethnischen und religiösen Minderheiten in diesem Land aufhört. Meine Damen und Herren, was man von den Armeniern hört, was man von der Verfolgung der Christen in der Türkei hört, obwohl der laizistische Staat vorgegeben ist, was man von den Kurden hört, nicht nur aus der Türkei, aber auch aus der Türkei, das sind Meldungen, die im Europarat nicht hinzunehmen sind, wenn der Europarat nicht auf Dauer Ansehen und Glaubwürdigkeit verlieren will.

Zur nachstehenden Richtlinie 398 stellt Abg. Dr. Vohrer den Änderungsantrag, Absatz 4 durch folgenden Text zu ersetzen:

- „4. fordert, daß die türkischen Behörden in den nächsten Monaten folgende Bedingungen erfüllen:
- i. Angabe und Einhaltung eines endgültigen Zeitplans für die Ausarbeitung einer Verfassung, die Vorbereitung der parlamentarischen Demokratie auf allen politischen Ebenen und die Vorbereitung freier Wahlen, die spätestens im Herbst stattfinden sollten;
 - ii. Wiederherstellung der Pressefreiheit;
 - iii. Genehmigung der Bildung von politischen Parteien und Gewerkschaften und Anerkennung ihres Rechts, sich politischen Aktivitäten zu widmen;
 - iv. Abschaffung der „90-Tage-Regelung“;
 - v. Eingehende Untersuchung der Beschuldigungen der Folter und die Bestrafung der dafür verantwortlichen Personen;

- vi. Einstellung der Praxis, die Ausreise aus der Türkei aus politischen Gründen zu verbieten.“

Dr. Vohrer (FDP): Herr Präsident! Der Änderungsantrag, den ich unter Nr. 10 gestellt habe, entspricht dem Inhalt der Rede des Sprechers der liberalen Gruppe, Herrn Alders.

Ich würde es sehr begrüßen, wenn die Schritte, die wir von der türkischen Regierung verlangen, so konkret wie möglich bezeichnet würden. Wir haben dazu einen Vorschlag gemacht, der nach unserer Auffassung im Sinne des Berichterstatters ist und eine Konkretisierung darstellt.

Ich würde mich sehr freuen, wenn die Versammlung diese Konkretisierung, die zur Eindeutigkeit der gesamten Entschließung beitragen kann, unterstützte.

Der Änderungsantrag wird abgelehnt.

Abg. Dr. Holtz stellt den Änderungsantrag, in Absatz 4 der Richtlinie Nr. 398 das Wort „hofft“ durch „fordert“ zu ersetzen. Der Änderungsantrag wird abgelehnt.

Richtlinie 398

betr. die Lage in der Türkei

Die Versammlung

1. hat Kenntnis vom Bericht ihres Präsidenten über seine Gespräche mit den führenden türkischen Persönlichkeiten am 12., 13. und 14. April 1981 in Ankara;
2. ist über die Besuche verschiedener parlamentarischer Delegationen in Ankara und Istanbul unterrichtet;
3. wiederholt ihre Besorgnis über den Zeitpunkt der Rückkehr der Türkei zu einer demokratischen Regierung in Übereinstimmung mit der Satzung des Europarates;
4. bringt die Hoffnung zum Ausdruck, daß in Kürze endgültige Entscheidungen verkündet werden im Hinblick auf die Wiederherstellung demokratischer Institutionen entsprechend den Zusicherungen, die der türkische Staatschef dem Präsidenten der Versammlung gegeben hat;
5. hofft, daß eine Verbesserung der inneren Situation und der Rückgang des Terrorismus mit der progressiven Wiederherstellung der durch die Europäische Menschenrechtskonvention garantierten Rechte und Freiheiten einhergehen wird, nachdem diese im Sinne von Art. 15 der Konvention eingeschränkt oder aufgehoben wurden;
6. betont insbesondere die absolute Notwendigkeit, alle Praktiken der Folter und Mißhandlungen von Strafgefangenen abzuschaffen, und das Erfordernis, unabhängige Gerichtsverfahren zu beschleunigen und die 90-Tage-Regelung für die Untersuchungshaft zu verkürzen;
7. beauftragt ihren Politischen Ausschuß, die Entwicklungen in der Türkei genau zu verfolgen, insbesondere im Hinblick auf die Achtung der Men-

schenrechte und Grundfreiheiten und die Vorbereitungen zu einer Rückkehr zur Demokratie, und im zweiten Teil der 33. ordentlichen Sitzungsperiode darüber Bericht zu erstatten;

8. beauftragt ihren Rechtsausschuß, die rechtlichen Aspekte der derzeitigen Situation in der Türkei in Verbindung mit dem Politischen Ausschuß eingehender zu untersuchen;
9. beschließt, diese Frage während des zweiten Teils ihrer 33. ordentlichen Sitzungsperiode weiter zu erörtern und erwägt die Möglichkeit, dem Ministerkomitee während des dritten Teils dieser Sitzungsperiode, im Januar 1982, weitere Empfehlungen zu unterbreiten, insbesondere im Lichte des Entwurfs einer türkischen Verfassung und des derzeitigen Fortschritts in Richtung auf die Wiederherstellung demokratischer Institutionen.

Richtlinie 399

betr. die Dauer des Mandats der türkischen parlamentarischen Delegation

Die Versammlung

kommt mit Bedauern und im Bewußtsein, daß die türkischen Parlamentarier einen beachtenswerten Beitrag zu ihrer Arbeit geleistet haben, zu dem Schluß, daß es angesichts der Bestimmungen von Artikel 25, Absatz 1 der Satzung und Artikel 7 (1) und (2) der Geschäftsordnung der Versammlung nicht zulässig wäre, die Verlängerung des Mandats der türkischen parlamentarischen Delegation im Europarat anzustreben, und erwartet den Augenblick, in dem die Entwicklungen in der Türkei es ihr ermöglichen, wieder eine gewählte und vorschriftsmäßig gebildete türkische Delegation in ihren Reihen zu begrüßen.

(Erklärung zur Abstimmung:)

Reddemann (CDU/CSU): Herr Präsident! Ich will nur zwei Sätze zur Abstimmung sagen. Wir haben heute eine Entschließung angenommen, durch die wir die **Türkei** weiterhin in der **Mitgliedschaft beim Europarat** lassen. Wir haben damit ermöglicht, daß der Vertreter der türkischen Militärregierung im Ministerkomitee bleibt, und wir haben mit der zweiten Entscheidung zugleich die letzten gewählten Parlamentarier aus diesem Rat entfernt. Ich mußte deswegen gegen diesen zweiten Teil stimmen, weil ich der Überzeugung bin, daß dies keine Entscheidung war, die dem Ansehen des Europarates gerecht wird.

Tagesordnungspunkt:

Die allgemeine Politik des Europarates — Die Beziehungen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten

(Drucksache 4709 und 4713)

Berichterstatter: Abg. Baumel

Die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

(Drucksache 4724)

Berichterstatter: Abg. Rubio

Die Verwirklichung der Schlußakte von Helsinki

(Drucksache 4721)

Berichterstatter: Abg. Jäger (Wangen)

Jäger (Wangen) (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie auch mich zuvor mich den Glückwünschen anschließen, die meine Herren Vorredner dem in dieser Woche neu gewählten Präsidenten der Versammlung ausgesprochen haben.

Nun zu meinem Bericht: Noch nie waren Anstrengungen zur Erhaltung des Friedens so wichtig wie heute, wo der Friede an allen Ecken und Enden der Welt bedroht und in einigen Gebieten bereits durch blutige Kriege zerstört ist. Eines der wichtigsten Instrumente, das zur Erhaltung des Friedens konstruiert worden ist, ist die Schlußakte der **Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa**, unterzeichnet am 1. August 1975 in Helsinki von 35 Staats- und Regierungschefs aus West und Ost.

Der Europarat hat den Fortgang des KSZE-Prozesses daher stets mit besonderer Anteilnahme verfolgt und zahlreiche Anstrengungen unternommen, um zu den Erfolgen dieses Prozesses beizutragen. Die Arbeit des Europarates gilt vorrangig den Menschen in Europa. Die Fragen der Menschenwürde, der Menschenrechte und der humanitären Verbesserungen zugunsten einzelner Menschen haben deshalb stets weit im Vordergrund seiner Beschäftigung mit der KSZE-Schlußakte von Helsinki gestanden.

Das gilt auch für das gegenwärtig in Madrid stattfindende zweite Folgetreffen der KSZE, dessen erfolgreicher Abschluß leider im Augenblick noch nicht abzusehen ist.

Die Kommission für die Beziehungen mit den Nichtmitgliedstaaten ist bei ihren Überlegungen und Untersuchungen zum KSZE-Prozeß — Sie können das, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, aus dem vorgelegten Bericht ersehen — zu dem unerfreulichen Ergebnis gekommen, daß, von wenigen Einzelstaaten des Ostblocks und vom kulturellen Austausch in einigen Bereichen einmal abgesehen, in den Ost-West-Beziehungen die Schlußakte von Helsinki weitgehend auf dem Papier geblieben ist. Das gilt insbesondere für den so überaus wichtigen Bereich der **Menschenrechte und der humanitären Erleichterungen**, die einen wichtigen Bestandteil der Schlußakte bilden.

Kein geringerer als Papst Johannes Paul II., der gestern in tragischer Weise im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der Parlamentarischen Versammlung gestanden hat, hat des öfteren, besonderes bei seiner Ansprache vor den Vereinten Nationen, hervorgeho-

ben, von welcher entscheidenden Bedeutung die Achtung der Menschenrechte für die Erhaltung des Friedens in der Welt ist. Eben diese Auffassung wird von der Schlußakte selbst in Prinzip VII Absatz 5 deutlich bestätigt.

Um so bedauerlicher ist es nach Auffassung der Kommission, daß noch immer zahlreiche Teilnehmerstaaten der KSZE — weit überwiegend Nichtmitgliedstaaten des Europarats — die Verpflichtung mißachten — ich zitiere aus der Schlußakte —, „das Recht des Individuums, seine Rechte und Pflichten auf diesem Gebiet zu kennen und auszuüben“ zu gewährleisten.

Eine der schlimmsten Verletzungen der Menschenrechte ist die Unterdrückung, Verfolgung und administrative Behinderung von Personen oder Personengruppen, die sich auf ihre Menschenrechte gemäß den Verfassungen ihrer Länder oder gemäß der Menschenrechtspakte der Vereinten Nationen berufen und sich zum Ziel gesetzt haben, die Verwirklichung dieser Menschenrechte für alle Mitbürger zu fördern.

Das Recht von Privatpersonen oder Organisationen, zur Erreichung der Ziele der Schlußakte, also auch zur Verwirklichung der Menschenrechte, beizutragen, ist ja in Prinzip IX Absatz 3 der Schlußakte in der Form einer feierlichen Bestätigung anerkannt worden. Zahlreiche Teilnehmerstaaten haben daher in Madrid einen Vorschlag zum Schutz dieser Personen oder Personengruppen vorgelegt, dessen Annahme und Realisierung durch alle beteiligten Regierungen die lebhafteste Unterstützung der Kommission für die Beziehungen zu den Nichtmitgliedstaaten — ich nehme an: auch des ganzen Hauses — finden würde.

Auf diesen Vorschlag wie auf einige andere in ähnlicher Richtung nimmt der Zusatzantrag der Kommission zu Ziffer 5 des Resolutionsentwurfs der Politischen Kommission Bezug, deren Annahme dem Hause sowohl von unserer Kommission als auch — wie Sie eben gehört haben — von der Politischen Kommission empfohlen wird.

Nicht nur die Menschenrechte selbst, von der Achtung von Leben und Gesundheit bis zum Recht, jedes Land, auch sein eigenes, verlassen zu können, vom Recht auf Meinungs- und Religionsfreiheit bis zur Gewährleistung eines fairen Gerichtsverfahrens und eines humanen Strafvollzugs — um nur einige Beispiele zu nennen, sondern auch der Förderung der Menschenrechte dienende humanitäre Erleichterungen gehören zu den zentralen Aussagen der Schlußakte von Helsinki.

Sie sind im dritten sogenannten Korb der Schlußakte enthalten und haben ganz besondere Bedeutung für den Austausch von Informationen, Meinungen und Ideen sowie für die Begegnungen von Menschen zwischen West und Ost.

So sieht die Schlußakte etwa, um ein praktisches Beispiel zu erwähnen, die Möglichkeit von Angehörigen-Besuchen für alle Personen vor, die Anträge auf Familienzusammenführung gestellt haben. Tausende von Menschen aus Teilnehmerstaaten der

KSZE, die nicht dem Europarat angehören, haben für solche Angehörigen-Besuche die Erlaubnis beantragt, bedauerlicherweise zumeist erfolglos. Auch hierzu gibt es in Madrid einen Vorschlag für praktische Verbesserungen, dem die Annahme und Realisierung zu wünschen wäre.

Gleiches gilt für die Verbesserung des Informationsaustauschs und für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Journalisten, ein Gebiet, auf dem die Verwirklichung der Absichtserklärungen der Schlußakte noch sehr im argen liegt.

Als letztes Beispiel aus der KSZE-Schlußakte von Helsinki sei hier noch die Frage des Schutzes nationaler Minderheiten erwähnt, die ebenfalls in Prinzip VII des Korbes 1 enthalten ist. Wichtig ist es, darauf hinzuweisen, daß die Schlußakte nach dem Willen aller Unterzeichnerstaaten darauf abhebt, den Angehörigen solcher Minderheiten — ich zitiere — „jede Möglichkeit für den tatsächlichen Genuß der Menschenrechte und Grundfreiheiten zu gewähren“, und zwar — ich zitiere erneut — „für alle ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion“.

Im übrigen darf ich zu diesem Punkt auf den schriftlichen Bericht verweisen.

Herr Präsident, erlauben Sie mir, zum Abschluß meines Berichts nochmals den Maßstab in Erinnerung zu rufen, den die Teilnehmerstaaten der KSZE bei der Unterzeichnung in Helsinki vor fast sechs Jahren selber an ihr Werk angelegt haben. Ich darf es mit den Worten des deutschen Bundeskanzlers tun, der damals sagte — ich zitiere —: „Die Politiker werden in allen Staaten, unabhängig von deren Verfassungssystem oder von deren gesellschaftspolitischen System daran gemessen, ob sie die moralische Stärke und ob sie die politische Kraft aufbringen, aus vernünftigen Prinzipien, die hier im Augenblick auf dem Papier stehen, nachprüfbare Wirklichkeit zu machen.“

Dieser Maßstab sollte auch das entscheidende Kriterium bleiben, an dem der Europarat Erfolg oder Mißerfolg des KSZE-Prozesses mißt. Um den Mißerfolg zu verhindern und um Erfolge für die Menschen zu erzielen, haben wir alle noch harte und schwere Arbeit vor uns. — Ich danke Ihnen.

Männing (SPD): Herr Präsident! Verehrte Kollegen! Ich möchte einige Bemerkungen zu der von Herrn Baumel vorgelegten Dokumentation machen und betonen, daß sie auch für die deutschen Sozialdemokraten eine vorzügliche Analyse der Grundlagen und Voraussetzungen der europäischen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten am Beginn der Amtszeit von Präsident Reagan ist.

Keiner wird aber in Anbetracht der Bedeutung dieser Bestandsaufnahme verschweigen wollen oder auch dürfen, daß die **Beziehungen zwischen uns Europäern und den Amerikanern** zeitweilig durch erhebliche Mißverständnisse getrübt waren. Ich weiß insbesondere als Deutscher, worüber ich in diesem

Zusammenhang spreche. Obwohl unsere Einstellung zur amerikanischen Politik immer von dem Bewußtsein geprägt bleiben wird, auch künftig — vielleicht sogar noch verstärkt — aufeinander angewiesen zu sein, und wir das Atlantische Bündnis als unverzichtbar für die Sicherheit des Westens ansehen, kann nicht verschwiegen werden, daß auch die Bereitschaft auf amerikanischer Seite wachsen muß, für die Interessen und Sorgen der Europäer eine größere Sensibilität zu entwickeln als bisher.

Dazu gehört zuallererst der Wille Washingtons, den Prozeß der europäischen Einigung zu unterstützen und zu fördern. Dieser Wille ist durch eine Reihe hochrangiger amerikanisch-europäischer Begegnungen und Konsultationen in den ersten hundert Tagen der Administration Reagans bereits unterstrichen worden. Wir Europäer haben allen Anlaß, dies mit Dankbarkeit und Interesse zu vermerken. Wir sehen darin erste positive Anzeichen, daß die Berechenbarkeit wieder zu einem größeren Faktor der amerikanischen Außenpolitik wird. Die europäischen Verbündeten der westlichen Bündnisvor-macht dürfen nicht vor Überraschungen gestellt werden, wie dies in der jüngeren Vergangenheit zu oft der Fall gewesen ist.

Wir alle kennen die Gründe — sie wurden von meinen Vorrednern zum großen Teil erwähnt —, die in den 70er Jahren Unsicherheit und Unstetigkeit in die amerikanische Politik getragen haben. Watergate, Vietnam, die Geiselnahme und nicht zuletzt Afghanistan haben schwere, vor allem auch psychologische Auswirkungen auf Amerika und seine Menschen gehabt. Die Ohnmächtigkeit, Entwicklungen wie in Angola, Mosambik, Äthiopien und im Jemen aufzuhalten, weil sich Kongreß und Weißes Haus in der amerikanischen Außenpolitik ständig blockierten, ließ viele Amerikaner nachhaltig am „American way of life“ zweifeln und zu der bestürzenden Erkenntnis kommen, nicht länger die „First nation under God“ zu sein.

Hinzu kam ein in den USA empfundenes Unverständnis der Europäer für die Sorgen und Nöte der Amerikaner; Undankbarkeit für die große amerikanische Aufbauhilfe nach dem Krieg, die mein Freund Hesele soeben noch einmal erwähnt hat, wurde attestiert.

Die europäischen Bemühungen, das Ost-West-Verhältnis zu entspannen und damit die Kriegsgefahr zu verringern und den Frieden sicherer zu machen, werden von nicht wenigen Amerikanern nach wie vor als ein Weg der Abkopplung und in den Neutralismus angesehen und kritisiert. Deshalb kommt es jetzt darauf an, im vertrauensvollen Dialog mit den USA unseren, den europäischen politischen Willen zu unterstreichen, den Entspannungsprozeß mit der Sowjetunion und den Staaten des Warschauer Vertrages auf der Grundlage des Gleichgewichts und der Gegenseitigkeit fortzusetzen.

Unsere Aufgabe als Europäer ist es, beide Bündnisvormächte dialogfähig zu halten, was allerdings voraussetzt, daß auch die Sowjetunion zum Prinzip der gegenseitigen Zurückhaltung vom Mai 1972 zurückkehrt. Deswegen wäre es hilfreich, wenn die Sowjet-

union vor der Neuaufnahme der Gespräche mit Washington ein Zeichen der Mäßigung setzte. Andernfalls könnte man es der amerikanischen Politik nicht verwehren, der andauernden Expansionspolitik der Sowjetunion dadurch Einhalt zu gebieten, daß die militärische Stärke der US-Armee vermehrt und Moskau auf diesem Wege von der Festigkeit und Glaubwürdigkeit des amerikanischen Auftretens in der Welt überzeugt wird.

Aber es wäre in der Tat eine schreckliche Entwicklung gerade für uns Europäer, wenn es nicht gelänge, die Supermächte an einen Tisch zu bringen mit dem Ziel, die unheilvolle Entwicklung vor allem im Bereich der Mittelstreckenraketen wirksam aufzuhalten.

Als Deutsche haben wir der Welt nach 1945 feierlich versichert: Vom deutschen Boden darf niemals mehr ein Krieg ausgehen. Wir Europäer sollten jetzt hinzufügen: Auf europäischem Boden darf auch niemals mehr ein Krieg stattfinden. — Vielen Dank.

Pensky (SPD): Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Eine globale Bewertung des von Herrn Baumel erarbeiteten vorzüglichen Berichts, der in dem Dokument 4709 Ausdruck findet, hat mein Kollege Männing bereits vorgenommen. Ich will da nichts wiederholen und mich nur auf einen Teilaspekt beschränken. Ich möchte auf das hinweisen, was in der Ziffer 61 des Dokuments zum Ausdruck gebracht wird, und dazu einige Anmerkungen machen.

Ich begrüße es sehr, daß in dieser Vorlage auch die Frage der Verteidigung der Demokratie — Fragen des **Terrorismus** — angesprochen und völlig zu Recht als ein Hauptproblem für den Europarat bezeichnet worden ist; denn, liebe Kolleginnen und Kollegen, in der Tat ist der Terrorismus eine ganz schreckliche Geißel der Menschheit, die weltweit vorhanden ist und der auch nur weltweit mit Erfolg begegnet werden kann. Es sind nicht nur die Attentate wie das auf den amerikanischen Präsidenten Reagan im März dieses Jahres, das auf den hessischen Wirtschaftsminister Karry Anfang dieser Woche oder das auf den Heiligen Vater in Rom am gestrigen Tage, die die Welt schockieren, sondern täglich erhalten wir durch die Medien Kenntnis von Terrorismus und Mord in aller Welt. Dabei geht es eben nicht nur um Einzelschicksale, sondern es geht — und das ist das Schlimme — immer häufiger um Angriffe auf das demokratische Gemeinwesen. Ich verweise nur auf unsere Türkei-Debatte. Ich verweise nur auf das, was in Spanien, aber auch anderswo, vor sich geht. Deshalb, meine ich, können wir nicht entschlossen genug sein, wenn es darum geht, diesem Übel in Europa, aber auch darüber hinaus, in der ganzen Welt, mit gemeinsamer Kraft entgegenzutreten.

Nur nützt es allein nichts, wenn wir das heute hier wieder bekräftigen oder unsere Entschlossenheit durch sehr sinnvolle und auch von den Fachleuten gutgeheißene Empfehlungen zum Ausdruck bringen, wenn nicht in den Mitgliedstaaten des Europarates danach dann auch gehandelt wird. Ich erinnere

an das, was der spanische Kollege soeben zum Verhältnis Spaniens zu seinen Nachbarn gesagt hat, und will darauf nur als Beispiel verweisen.

Aus dem Dokument 4709 greife ich den Hinweis heraus auf das **Europäische Übereinkommen über die Kontrolle des Erwerbs und des Besitzes von Feuerwaffen durch Privatpersonen**. Was ist denn aus der von uns allen gutgeheißenen Entscheidung geworden, die dazu bereits vor drei Jahren getroffen wurde? Mit welcher moralischen Überzeugungskraft wollen wir Europäer eigentlich — was ich im Prinzip für völlig richtig halte — den Amerikanern empfehlen, sich diesem Europäischen Übereinkommen anzuschließen, das bis heute selbst von einer großen Zahl europäischer Staaten weder unterzeichnet noch ratifiziert worden ist? Ich richte daher hier und heute einen Appell an alle Mitgliedstaaten des Europarates, sich aktiv dafür einzusetzen, daß dieses sinnvolle Abkommen in den einzelnen Staaten und für ganz Europa in geltendes Recht umgesetzt wird.

Wenn wir es nicht schaffen, Schußwaffen besser als bisher unter Kontrolle zu bringen, müssen wir uns, die wir in politischer Verantwortung stehen, weiterhin den Vorwurf gefallen lassen, es Mördern und Terroristen allzu leicht zu machen, ihr schmutziges Geschäft zu betreiben und auch zur Zerstörung des demokratischen menschlichen Zusammenlebens beizutragen. Deshalb darf das, was wir sagen, was wir verabschieden, was wir hier tun, nicht bloße Deklaration bleiben, sondern wir müssen aktiv dafür sorgen, daß es umgesetzt wird und dann auch Wirkung hat im Interesse der Menschheit und der Demokratie. — Ich bedanke mich sehr, Herr Präsident.

Schmidt (Würgendorf) (SPD): Herr Präsident! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich will mich besonders dem Bericht unseres Ausschusses für Nichtmitgliedstaaten widmen und hierzu meinem deutschen Kollegen Jäger wie selbstverständlich auch den Vertretern unserer übrigen Ausschüsse meine Glückwünsche sagen. Ich tue das deswegen besonders gern, weil ich mich an die Zeit vor 15 Jahren zurückerinnere, in der ich ebenfalls Mitglied dieses Ausschusses war. Danach war ich infolge besonderer nationaler Verantwortungen eine Zeitlang nicht im Europarat. Heute kann ich hier wieder mitarbeiten.

Die Bedeutung dieses Ausschusses war nicht immer unbestritten. Wir haben vor der Tschechenkrise in diesem Hause darüber gesprochen, ob der Ausschuß aufzulösen sei, weil es nicht notwendig sei, dauernd auf die Menschenrechte hinzuweisen, die er besonders in Richtung Osten im Blick haben sollte. Das ist dann mit der Tschechenkrise, mit dem Einmarsch der Ostblockstaaten in die Tschechoslowakei sang- und klanglos verschwunden. Gott sei Dank ist das heute keine Frage.

Wenn man die außerordentlich beeindruckende Diskussion hier gestern und heute über die Türkei, also ein Mitgliedsland des Europarats, gehört hat, dann weiß man, wie sehr die Frage im Vordergrund steht:

Was sind Menschenrechte? Wo werden sie verletzt? Wo werden sie nicht eingehalten?

Wir haben mit unserem Ausschuß die **KSZE-Konferenz** besucht und waren zum Teil auch enttäuscht. Aber wer, wie auch in diesem Hause immer wieder gesagt wird, große Enttäuschung über den Fortgang der Verhandlungen spürt, sollte sich einmal die Frage stellen, welche Hoffnungen er in die Konferenzen von Helsinki, Belgrad und Madrid gesetzt hat. Hat man denn etwa gemeint, man könnte mit dieser Konferenz das Glück dieser Welt erreichen? Das war bei diesen Gegensätzen doch völlig ausgeschlossen. Aber daß man miteinander redet, ist ja auch schon etwas. Wir sind in dieser Richtung ja sehr bescheiden, wenn es um diese Dinge geht.

Ich habe aber eines gespürt — und ich glaube, meine Kollegen die mit mir dort waren —: daß wir auf manchen Gebieten überhaupt keine gemeinsame Sprache mehr sprechen. Die **Menschenrechte** sind für uns in einem Rechtsstaat ein klarer Begriff, bei den Ostblockstaaten überhaupt nicht. Der Chef der sowjetischen Delegation hat diesen Begriff — aber das ist seine Erziehung, das ist die Art, wie man miteinander umgeht — sozusagen der Diktatur der Staatspartei unterstellt. Das muß man wissen.

In einem Artikel einer großen internationalen Zeitung, der überschrieben ist mit „Schwerer Zusammenstoß bei der KSZE“, ist heute zu lesen: Mit äußerster Schärfe reagierten die Vertreter der Sowjetunion, der DDR, Bulgarien und der CSSR auf Vorwürfe des US-Chefdelegierten und des für die EG sprechenden niederländischen Botschafters Frans van Dongen wegen der jüngsten Festnahme von rund 30 Bürgerrechtlern der Charta'77 in der Tschechoslowakei.

Es wird dort protestiert, weil man es für eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten hält, wenn sich Amerikaner, Deutsche, Holländer oder wer auch immer zu diesen Fragen äußern. Damit, daß das so ist, werden wir uns abfinden müssen.

Wir sollten uns deswegen freuen, wenn sich dieses Haus oder einer seiner Ausschüsse immer wieder mit den Fragen der Menschenrechte — auch nach außen hin — beschäftigt, wenn der Europarat hier sozusagen das Gewissen in bezug auf die Menschenrechte ständig wachhält. Der Begriff des Rechtsstaates — mit Rechten und Pflichten — ist für uns, für den einzelnen wie für den Staat, selbstverständlich. Ebenso selbstverständlich ist für uns, daß der Schwächere geschützt sein muß. Auf der anderen Seite aber ist das nicht so.

Ich möchte zu anderen Punkten nicht mehr Stellung nehmen, sondern mit einer schlichten Wahrheit schließen, die eine bekannte europäische Zeitung in diesen Tagen veröffentlicht hat: „Den Unfrieden in dieser Welt stiften nicht die Demokratien, sondern jene ‚wahren Sicherheitsgesellschaften‘, die ihre Probleme mit KGB, Lagerverwahrung und psychiatrischen Kliniken lösen und die von einem Tag auf den anderen auch einmal ein Ultimatum stellen oder so nebenbei in ein Nachbarland einmarschieren.“ Wir sollten in dieser Richtung wachsam sein. — Ich danke Ihnen.

Jäger (Wangen) (CDU/CSU): — Herr Präsident! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich in Kürze nur zu drei Überlegungen, die in der Debatte eine Rolle gespielt haben, nochmals Stellung nehmen. Zuerst zur Frage des **Vertrauens in den weiteren Prozeß der Konferenz von Helsinki**, die vom Herrn Kollegen Fossen angesprochen worden ist: Das ist eine außerordentlich wichtige Frage; denn wenn die Völker das Vertrauen in die Effektivität dieses Prozesses, ja in den Sinn dieses Prozesses verlören, würde er selbst eines großen Teils seines Sinns beraubt sein und seine Rolle als Instrument zur Verständigung zwischen den Völkern und zur Erhaltung des Friedens nicht mehr spielen können. Es kann daher kein Zweifel sein, daß ein rascher und vor allem erfolgreicher Abschluß in Madrid im Interesse aller Völker und aller ihrer Menschen liegt.

In diesem Zusammenhang war die Bemerkung der Frau Kollegin Meier aus Luzern besonders interessant, die, was die zeitliche Planung der Madrider Konferenz betrifft, im Gegensatz zum Kollegen Fossen die Auffassung vertrat, daß ein Hinziehen der Konferenz im Hinblick auf die Situation in Polen ebenfalls seine Vorzüge hätte. Ich bin nicht in der Lage, Frau Meier zu widersprechen. Aber ich bin andererseits der Meinung, daß das entscheidende Kriterium — und insofern: Herr Präsident, muß ich mich wiederholen — im Hinblick auf die Konferenz in Madrid nicht in erster Linie die Zeitdauer, sondern der praktische Erfolg ist, mit dem dieses Folgetreffen beendet werden kann. Der Appell, den der Europarat an die Konferenz richtet, geht auf diesen Wunsch hinaus. Und ich kann nur noch einmal die Bitte an alle Kollegen wiederholen, diesem Appell ihre Zustimmung zu geben.

Ich darf einen letzten Punkt erwähnen, Herr Präsident, der von dem Kollegen Schmidt angesprochen worden ist, nämlich daß vor allem die Staaten des Ostblocks gegen unser Verlangen nach Respektierung und Verwirklichung der Menschenrechte den Einwand des Verbots der völkerrechtswidrigen Einmischung in innere Angelegenheiten zu setzen pflegen. Ich möchte mit großem Nachdruck festhalten, daß die Geltendmachung von Menschenrechten nicht dem Einwand der verbotenen Einmischung in innere Angelegenheiten unterliegt; denn schon nach den Beschlüssen der Vereinten Nationen, aber auch nach einer heute weltweit in Durchsetzung begriffenen politischen und auch völkerrechtlichen Auffassung sind Menschenrechte eine so allgemeine Verpflichtung, daß kein Staat unter Berufung auf das völkerrechtliche Einmischungsverbot sich dagegen wehren darf, wenn andere Staaten, zumal solche, mit denen er in Vertragsbeziehungen über Menschenrechte steht oder mit denen er als Teilnehmerstaat an der Schlußakte von Helsinki beteiligt ist, sich um die Menschenrechte in diesem Lande kümmern. Dieser Einwand ist ohne jede Stichhaltigkeit und darf auch in Zukunft vom Europarat nicht beachtet werden.

Ich möchte damit abschließen, daß ich die verehrten Kolleginnen und Kollegen des Hauses bitte, den Vorschlag des Politischen Ausschusses einschließlich des Zusatzantrags des Ausschusses für die Nichtmit-

gliedstaaten zu akzeptieren und diesen Appell an die Konferenzteilnehmer in Madrid durch ihren möglichst einstimmigen Beschluß mit dem erforderlichen Nachdruck zu versehen. — Ich bedanke mich.

EntschlieÙung 749

betr. die allgemeine Politik des Europarates — Die Beziehungen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten

Die Versammlung

1. verweist auf ihre Empfehlung 771 (1975) über die Beziehungen zwischen dem Europarat und den Vereinigten Staaten, ihre EntschlieÙung 605 (1975) über die Beziehungen zwischen den westeuropäischen Staaten und den Vereinigten Staaten sowie auf ihre EntschlieÙung 746 (1981) über Europa angesichts der wachsenden Spannungen in der Welt;
2. hat den Bericht ihres Politischen Ausschusses über die Beziehungen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten (Dok. 4709) zur Kenntnis genommen;
3. ist überzeugt, daß weder die Vereinigten Staaten noch Europa die Herausforderungen der achtziger Jahre im Alleingang bewältigen können;
4. begrüÙt die Erklärungen der verantwortlichen Persönlichkeiten der neuen amerikanischen Regierung, die bei ihrer Amtsübernahme die Notwendigkeit einer echten Konsultation mit den europäischen Ländern bekräftigt haben;
5. ist überzeugt, daß die europäischen Länder mit den Vereinigten Staaten alle sich aus dem Entspannungsprozeß ergebenden Verpflichtungen mit ihren Vor- und Nachteilen übernehmen müssen, wobei weder der Westen noch der Osten einen einseitigen Vorteil suchen dürfen, der den Weltfrieden gefährden würde;
6. unterstreicht, daß es mehr denn je wünschenswert ist, daß die Vereinigten Staaten und die Mitgliedstaaten des Europarates sich gemeinsam mit den anderen Teilnehmerstaaten darum bemühen müssen, ein positives Ergebnis der Madrider KSZE-Tagung sicherzustellen, insbesondere im Hinblick auf die vertrauensbildenden Maßnahmen und um ein neues Wettrüsten zu vermeiden;
7. bekräftigt, daß die Vereinigten Staaten von Amerika und die Mitgliedstaaten des Europarates gleichermaßen an den Idealen der pluralistischen parlamentarischen Demokratie und den Menschenrechten festhalten sollten, wodurch sie verpflichtet sind, überall in der Welt und vor allem in den Grenzregionen die echt demokratischen Regime und politischen Kräfte zu unterstützen;
8. erinnert im Zusammenhang mit dem Kampf gegen den Terrorismus — ein gemeinsames Problem der Mitgliedstaaten des Europarates und

der Vereinigten Staaten — an die Stellungnahme der Versammlung und an die von ihr befürworteten Maßnahmen im Hinblick auf die Verteidigung der Demokratien in Europa, wie sie in ihrer Empfehlung 916 (1981) und insbesondere in Absatz 3, 5, 6, 12 und 13, Buchstabe c, i und j erläutert werden;

9. befürwortet die Intensivierung transatlantischer Kontakte, um das gegenseitige Verständnis für die Probleme und Besorgnisse auf beiden Seiten zu verbessern und zwar nicht nur auf der Ebene der führenden Politiker, sondern auch auf der Ebene der verschiedenen Gruppen, die die öffentliche Meinung direkt beeinflussen;
10. begrüßt, daß der Europarat gemeinsam mit der Universität Straßburg ein Kolloquium über die Beziehungen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten organisiert, das am 29. und 30. Juni 1981 in Straßburg stattfinden soll;
11. begrüßt die Tatsache, daß der Außenpolitische Ausschuß des Repräsentantenhauses des Kongresses der Vereinigten Staaten unter seinen Mitgliedern Herrn David Bowen ernannt hat, um die Verbindung zum Europarat sicherzustellen;
12. ermutigt das Ministerkomitee, seiner Entscheidung aus dem Jahre 1974 Folge zu leisten, nämlich die Überprüfung der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten auf seiner Tagesordnung zu belassen, um sicherzustellen, daß alle Mitgliedstaaten des Europarates am Dialog mit den Vereinigten Staaten teilnehmen können.

Entschließung 750

betr. die allgemeine Politik des Europarates — Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

Die Versammlung

1. verweist auf ihre früheren Stellungnahmen in bezug auf die Verwirklichung der Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und insbesondere ihre Entschließung 732 (1980);
2. hat den Bericht ihres Politischen Ausschusses über die derzeit in Madrid stattfindende KSZE-Folgekonferenz (Dok. 4729) geprüft;
3. stellt fest, daß die Konferenz in Madrid trotz der unvorhergesehenen Verlängerung ihrer Arbeiten günstige Aussichten auf einen zufriedenstellenden Abschluß bietet und gleichzeitig zahlreiche Ungewißheiten fortbestehen läßt;
4. bekräftigt noch einmal ihre Überzeugung, daß der in Helsinki eingeleitete Prozeß positive Elemente für die Konsolidierung des Friedens und der Sicherheit zwischen den Teilnehmerstaaten und der ganzen Welt enthält;
5. beharrt auf der Notwendigkeit, daß die Konferenz in Madrid zu operationellen Entscheidungen in allen Bereichen der Schlußakte von Helsinki gelangt, wobei diese Entscheidungen das

Ziel der Schlußakte, d. h. die Lage der Einzelpersonen in den Teilnehmerstaaten zu verbessern, verstärken und demzufolge die konkreten Vorschläge berücksichtigen sollten, die in Madrid unterbreitet worden sind, um die Lage des Einzelnen oder bestimmter Gruppen von Individuen zu verbessern;

6. erinnert daran, daß eine dynamische Friedenskonzeption weder von den politischen und militärischen Aspekten der Sicherheit noch von der Achtung der Menschenrechte noch von der Notwendigkeit einer Zusammenarbeit zwischen den Teilnehmerstaaten in den verschiedenen Bereichen absehen kann;
7. bedauert, daß die Fortsetzung der sowjetischen Militärpräsenz in Afghanistan, der sowjetische Druck auf Polen, die Verstöße der UdSSR gegen die sich aus der Schlußakte von Helsinki ergebenden Verpflichtungen im Hinblick auf die Achtung der Menschenrechte noch Fragen und Ungewißheiten über den Ausgang der KSZE fortbestehen lassen, die die Fortschritte in Richtung auf den Frieden und die Sicherheit in der Welt behindern;
8. fordert die Regierungen der Mitgliedstaaten auf, die bisher unternommenen Bemühungen im Hinblick auf die Verteidigung der Werte und Ideale des Europarates fortzusetzen sowie eine entschiedene Haltung gegenüber den Verzögerungstaktiken, die andere anwenden könnten, einzunehmen;
9. fordert die Regierungen der Mitgliedstaaten auf, nicht in ihren Bemühungen nachzulassen, die Arbeiten einer Konferenz, die unsere Bevölkerungen mit Ungeduld und Hoffnung verfolgen, zu beschleunigen und in zufriedenstellender Weise und innerhalb einer angemessenen Zeit zu einem guten Ende zu führen.

Freitag, 15. Mai 1981

Tagesordnungspunkt:

Die Flüchtlinge aus El Salvador

(Drucksache 4698)

Berichterstatter: Abg. Sampaio

Böhm (Melsungen) (CDU/CSU): Herr Präsident, den Bericht über die **Flüchtlinge von El Salvador** auf Dokument 4698 hat unsere portugiesische Kollegin Frau Sampaio mit großem Engagement und Fleiß erarbeitet und vorgelegt. Anfang dieser Woche mußten wir hören, daß sie erkrankt ist und an dieser Sitzung nicht teilnehmen kann. Wir wünschen ihr von hier aus baldige Genesung. Ich habe es gern übernommen, die Arbeit unserer Kollegin Frau Sampaio hier als Berichterstatter zu übernehmen.

Der Resolutionsentwurf, über den wir heute zu befinden haben, ist von Frau Sampaio so angelegt, daß er die Situation der von den blutigen Kämpfen in El Salvador betroffenen Menschen in den Mittelpunkt stellt und bewußt darauf verzichtet, politische Wertungen vorzunehmen, die Anlaß zu streitigen Auseinandersetzungen sein könnten, die aus unterschiedlichen politischen Auffassungen herrühren. Es ist der Wunsch des Berichterstatters des Ausschusses für Flüchtlinge, daß die unermeßliche Not der Flüchtlinge, die Hilfe für die schwergeprüften Menschen in El Salvador, die Unterstützung der Hilfsmaßnahmen für Flüchtlinge in den Nachbarländern El Salvadors und in El Salvador selbst und die Forderung nach ungestörter Arbeit der Hilfsorganisationen im Mittelpunkt der heutigen Erörterung und Beschlußfassung stehen soll und nicht etwa eine Diskussion über Schuldzuweisungen im blutigen Bürgerkrieg des schwergeprüften Landes.

Der Flüchtlingsausschuß hat sich bei seinen Beratungen diesem Vorschlag der Berichterstatterin angeschlossen. Das kommt darin zum Ausdruck, daß der Resolutionsentwurf in unserem Ausschuß mit 15 Stimmen angenommen wurde und es nur eine einzige Enthaltung gab. Dabei hatte es auch in unserem Ausschuß mehrere Anträge gegeben, die in ähnlicher Form wie die heute vorliegenden Änderungsanträge mehr politische Wertungen in der einen oder anderen Richtung vornehmen wollten. Sie wurden schließlich im Ausschuß abgelehnt, weil es nach Auffassung des Flüchtlingsausschusses eben nicht seine Sache sei, politische Wertungen vorzunehmen. Selbstverständlich bleibt es dem Politischen Ausschuß und jedem Mitglied der Versammlung unbenommen, hier solche Anträge vorzulegen. Aus der geschilderten Sicht unseres Ausschusses wird ihnen jedoch der Berichterstatter des Flüchtlingsausschusses zu widersprechen haben.

Bei dieser Gelegenheit sei darauf hingewiesen, daß das Europäische Parlament es bisher ausdrücklich abgelehnt hat, einen Bericht über die Lage in El Salvador zu erstellen, obwohl zahlreiche entsprechende Anträge eingereicht worden sind. Die komplexe Situation und die Mischung von Wahrheit, Halbwahrheit und Unwahrheit in vielen Berichten über El Salvador erschweren ein gerechtes Urteil.

Der Resolutionsentwurf enthält 9 Absätze und endet mit einem Appell an die Regierungen unserer Mitgliedstaaten, die Maßnahmen des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen, des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes sowie anderer humanitärer Organisationen zugunsten der Bevölkerung El Salvadors zu unterstützen, ein Appell, der auch von den europäischen Regierungen an die Regierungen der Nachbarländer von El Salvador gerichtet werden sollte.

Schließlich verlangt die Resolution, daß die Regierungen unserer Mitgliedstaaten durch geeignete Mittel sicherstellen sollen, daß die Regierung von El Salvador sowie alle politischen Kräfte dieses Landes die Menschenrechte respektieren, einschließlich des Rechts, das Land zu verlassen, sofern dies gewünscht wird, und die Aktivitäten des Roten Kreu-

zes und der Personen, die unter dem Schutz dieser Organisation stehen, zu erleichtern.

Dieser Appell ist das Kernstück der vorliegenden Resolution, die zuvor in ihrem Absatz 6 die Bestürzung über die tragische Situation der Bevölkerung als Ergebnis der erbarmungslosen Konfrontation zum Ausdruck bringt, denn nicht nur die Kämpfenden werden durch Gewaltakte und Mordanschläge betroffen, sondern viele Menschen in diese Ereignisse hineingezogen, an denen sie nicht beteiligt sind.

In ihrem Absatz 7 begrüßt die Resolution die Maßnahmen, die der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen und das Internationale Rote Kreuz in El Salvador und in seinen Nachbarländern ergriffen haben, und drückt in ihrem Absatz 8 die Besorgnis über die großen finanziellen Probleme aus, die mit der Unterstützung der Bevölkerung verbunden sind.

In den Absätzen 1 und 2 wird in — wie ich meine — objektiver Weise die historische Entwicklung geschildert, die der gegenwärtigen schweren Situation El Salvadors vorangegangen ist. Die Absätze 3, 4 und 5 stellen fest, daß die nach dem Militärputsch vom 15. Oktober 1979 gebildete Regierung, mit der das diktatorische Regime Romero überwunden wurde, ihr Programm der Menschenrechte, der Demokratie und der Landreform nicht wie beabsichtigt ausführen konnte, weil extremistische Gruppen von links und rechts und Einmischungen vom Ausland das nicht zuließen. Ich meine, daß die Absätze 1 bis 5 mit der gebotenen Objektivität formuliert sind, die notwendig ist, wenn nicht von dem humanitären Anliegen der Resolution abgelenkt werden und die Diskussion das Hauptanliegen des Flüchtlingsausschusses des Europarates verlassen soll.

Gestatten Sie mir jetzt noch einige kurze Bemerkungen zu dem erläuternden Bericht, den Frau Sampaio in ihrer Verantwortung und als Ausdruck ihrer Meinung vorgelegt hat. Er enthält eingangs eine kurze Schilderung des Hintergrundes der tragischen Verwicklungen, in die das kleine Land verstrickt ist. Dabei wird besonders deutlich, welchen Einfluß das Militär auf die politische Gestaltung des Landes gerade in jüngster Zeit ausgeübt hat. Versuche, eine demokratische Staatsform aufzubauen, sind insbesondere deshalb gescheitert, weil der die Weltmächte trennende Ost-West-Gegensatz sich unheilvoll auf dieses Land ausgewirkt hat. Eine Eskalation der Gewalt ist zu beklagen, seit außenstehende Kräfte die im Lande rivalisierenden Parteien unterstützen und ihnen massive Waffenhilfe gewähren. Damit wird es der Regierung von El Salvador nahezu unmöglich gemacht, die zur Demokratisierung des Landes eingeleiteten Schritte — das gilt besonders für die unbedingt notwendige Agrarreform — zu verwirklichen. Wie schon ausgeführt, leidet unter der Zuspitzung des Bürgerkrieges ganz besonders die Zivilbevölkerung. Das ist der Grund, weshalb in den letzten Jahren immer mehr Menschen in die Nachbarländer geflüchtet sind.

Heute leben allein in Honduras mehr als 21 000 Flüchtlinge aus El Salvador. Sie werden, so

gut es geht, vom UN-Flüchtlingskommissar sowie verschiedenen freiwilligen Hilfsorganisationen betreut. Die Europäische Gemeinschaft versucht, mit Lebensmittellieferungen die Not dieser Menschen zu lindern.

Costa Rica hat bisher mehr als 7 500 Flüchtlinge aus El Salvador aufgenommen. Der UN-Flüchtlingskommissar bemüht sich, einen Teil davon im Lande anzusiedeln.

In Nicaragua leben über 7 500 salvadorianische Flüchtlinge. Der UN-Flüchtlingskommissar plant Hilfsmaßnahmen, u. a. in der Form von landwirtschaftlichen Entwicklungsvorhaben.

In Belize haben etwa 4 000 Salvadorianer Zuflucht gesucht. Auch hier wollen die Vereinten Nationen Hilfe über landwirtschaftliche Entwicklungsvorhaben gewähren.

In Panama leben bisher rund 750 salvadorianische Flüchtlinge.

Die Vereinten Nationen betreuen in den oben genannten Ländern gegenwärtig mehr als 38 000 Flüchtlinge. Es ist damit zu rechnen, daß ihre Zahl noch in diesem Jahr weiter ansteigt, so daß die ursprünglich für Hilfsmaßnahmen vorgesehenen Mittel voraussichtlich nicht ausreichen werden.

Das Internationale Rote Kreuz bemüht sich, die Not in El Salvador selbst zu lindern. Es unterstützt Krankenhäuser, liefert Medikamente und medizinische Hilfsgüter, es kümmert sich um politische Gefangene und befaßt sich mit den verschiedensten Problemen, die durch Geiselnahmen entstehen. Das Rote Kreuz hilft mit einem Blutspendeplan den Verwundeten, evakuiert Zivilisten und Verwundete aus den Kampfgebieten und leistet dort medizinische und Nahrungshilfe.

Es war notwendig geworden, eine breite Aufklärungskampagne über die Aufgaben des Roten Kreuzes in El Salvador durchzuführen, weil allenthalben das Symbol des Roten Kreuzes mißachtet und Rot-Kreuz-Konvois beschossen und Vorräte gestohlen wurden.

Das Rote Kreuz wendet sich in seiner Zusammenarbeit nicht nur an die Regierung, sondern auch an die militante Opposition mit dem Ziel, daß auch sie die Rechte von Gefangenen und die Immunität des Roten Kreuzes respektieren möge.

Nach diesem kurzen Hinweis auf die erläuternden Bemerkungen, die Frau Sampaio in ihrem persönlichen Bericht gemacht hat, möchte ich Sie bitten, der Resolution des Flüchtlingsausschusses zuzustimmen in der Hoffnung, daß damit ein Beitrag für die Linderung der Not der betroffenen Menschen in El Salvador geleistet werden kann.

Rösch (FDP): Herr Präsident! Verehrte Kollegen! Ich bedanke mich für den Bericht von Fräulein Sampaio, auch deshalb, weil ich den Eindruck habe, daß sie in dem Bericht nicht das Opfer tendenziöser und agitatorischer Informationen, von welcher Seite auch immer, geworden ist.

Verehrte Kollegen, dieser Bericht beschäftigt sich mit der Frage der **Flüchtlinge** und den Möglichkeiten der Unterstützung durch und für das Rote Kreuz. Ich werde alle Änderungsanträge ablehnen, weil ich der Auffassung bin, daß es in dem Augenblick, in dem wir den Rahmen überschreiten, den Fräulein Sampaio mit ihrem Bericht gezogen hat, notwendig wäre, sich breiter und tiefer mit den Problemen in **El Salvador** bzw. in Mittelamerika zu beschäftigen.

Ich darf an die Diskussion erinnern, die wir hier im Augenblick geführt haben. Da ist meiner Meinung nach viel Richtiges, aber eben auch viel Einseitiges oder wenigstens viel Unausdiskutiertes gesagt worden.

Die norwegische Kollegin, die die Frage einer Verlängerung der Auseinandersetzung durch Waffenlieferungen diskutiert hat, hat prinzipiell recht, wenn sie sagt: Je mehr Waffen da sind, desto eher verlängert sich die Auseinandersetzung. Auf der anderen Seite stellt sich die Frage: Wäre es denn unter dem Prinzip der Freiheit zu verantworten, wenn z. B. die Vereinigten Staaten von Amerika diese Länder waffenlose Opfer der nicht weniger inhumanen Kubaner werden ließen? Denn auch dort wird gefoltert, auch dort werden Menschenrechte mit Füßen getreten. Da spielen viele Probleme eine Rolle, auch die Frage, wie sich das strategische Gleichgewicht auf der Erde ändert, wenn die Sowjetunion in Zentralamerika noch massiveren Einfluß gewinnt und sich ihre militärischen Strategiemöglichkeiten dort verbessern. Wäre das unter Berücksichtigung der Politik des Gleichgewichts der Kräfte möglich, denkbar und vernünftig? Ich glaube, der Europarat darf sich nicht einseitig vor irgendeinen Wagen spannen oder für irgendwelche langfristigen Interessen mißbrauchen lassen. Das müßte man dann mehr in die Tiefe gehend ausdiskutieren.

Ich möchte mich mit dem Thema des Berichts beschäftigen, nämlich mit den Flüchtlingen. Verehrte Kollegen, hier sollten wir uns nicht versagen und sollten versuchen, jede Möglichkeit zur Hilfe in unseren Heimatländern zu verbessern. Das Schicksal von Flüchtlingen, wo immer auf der Welt und durch wen auch immer vertrieben, ist schrecklich. Für den Flüchtling stellt sich nicht die Frage, wer daran schuld ist, sondern die Frage nach der Existenz, nach der Sicherheit der eigenen Zukunft. Aber da darf ich meine Bitte wiederholen, die Diskussion und auch die Abstimmung auf das zu beschränken, was Miss Sampaio dargestellt hat; denn wir werden uns sicher nicht so schnell über strategische Fragen oder über die Auswirkungen des Kolonialismus, über die Entwicklung und die Situation der Monstrukturen dort, über die Rolle der Kirche und über die Rolle der Sozialistischen Internationale in diesem Bereich einig. Nein, meine Damen und Herren, wir sollten uns heute mit dem beschäftigen, wovon der Bericht spricht. Dann, glaube ich, kommen wir auch zu einem guten Ergebnis, zu einem Ergebnis, das den Menschen in dem Rahmen hilft, in dem es geht.

Ich habe immer noch den Schock unserer gestrigen Sitzung in den Knochen, wo sich die extremen Positionen so lange gegenseitig gebremst haben, bis im

Ergebnis das Gegenteil dessen herausgekommen ist, was der Europarat wollte. Die Diskussion heute morgen hat mich daran erinnert, daß in diesen Ländern wahrscheinlich dasselbe passiert, was hier in der Diskussion passiert ist, daß nämlich die Orthodoxen, die Dogmatiker und die Extremisten, und zwar auf beiden Seiten, im Ergebnis immer dem Verstand, der Vernunft und dem Frieden im Wege sind.

Jäger (Wangen) (CDU/CSU): Herr Präsident! Es ist außerordentlich gut, daß der vorliegende Bericht unsere Aufmerksamkeit auf die schreckliche Situation der **Flüchtlinge aus El Salvador** gerichtet hat, eine Situation, die sich konsequent in die traurige Situation von Millionen Flüchtlingen in der ganzen Welt einreicht. Aus der Flüchtlingssituation überall in der Welt und so auch der in El Salvador wissen wir, daß Flüchtlingsströme immer und überall das Ergebnis schlimmer Menschenrechtsverletzungen sind. Wo Menschenrechte geachtet werden, braucht niemand zu fliehen.

Wir wissen aber auch, daß in El Salvador diese Menschenrechtsverletzungen keineswegs ausschließlich das Werk staatlicher Organe, das Werk von Behörden oder Militärdienststellen, sondern auch das Werk von terroristischen Gruppen auf der äußersten Rechten und auf der äußersten Linken sind, ja, daß sie sogar zu einem ganz erheblichen Teil diesen Kräften zuzuschreiben sind. Diese Verletzungen der Menschenrechte durch gewalttätigen Terrorismus, der unter der Fahne antritt, seinerseits die Menschenrechte verteidigen zu wollen, gehören zu den Perversionen unserer Zeit.

Als ein Mitglied dieses Hauses, das sich dem Kampf für die Menschenrechte verpflichtet weiß, möchte ich mit Deutlichkeit sagen, daß für mich der gerechte Kampf für die Menschenrechte dort aufhört, wo dieser Kampf mit den Formen der Gewalt und des Terrors geführt wird. Ich möchte mir die Frage an manche Mitglieder dieses Hauses erlauben, was sie sagen würden, wenn aus irgendeiner Bank dieses Hauses der Antrag käme, Menschenrechtsverletzungen etwa in den vom Kommunismus beherrschten Ländern durch Gewaltakte zu bekämpfen.

Wir wissen auch, daß der Terror keineswegs nur Menschen trifft, die unfähig sind, sich zu wehren, sondern daß er auch die heute regierenden politischen Kräfte, insbesondere die regierende Partei der Christlichen Demokraten, trifft. Und darüber redet niemand in der freien Welt. Eine große Desinformationswelle, zielbewußt gesteuert, hat die Informationen über El Salvador außerordentlich einseitig gemacht.

Wenn ich Ihnen hier anderes sage, dann nicht, weil ich das in irgendwelchen Traktaten und Schriften gelesen habe, sondern weil ich den persönlichen Bericht des Generalsekretärs der deutschen Christlichen Demokraten Geissler und den persönlichen Bericht meines Freundes Hennig gehört habe, der allein im letzten halben Jahr viermal in El Salvador gewesen ist und sich mit allen politischen und sozialen Kräften dieses Landes unterhalten hat. Von dort-

her wissen wir, daß 25 führende christliche Demokraten ebenfalls Opfer dieses schlimmen Terrors in El Salvador geworden sind. Wir wissen auch, daß es eine Einmischung von außen gibt. Aber sie ist keineswegs einseitig. Und wir wissen, daß heute, gesteuert von Kuba, beachtliche Einmischungen von kommunistischen Kräften in El Salvador stattfinden. Mit dieser Begründung hat sogar die sozialistische Opposition im Nachbarland Costa Rica die Entschließung der Sozialistischen Internationale zu El Salvador ausdrücklich abgelehnt.

Herr Präsident, die gegenwärtige Regierung des Präsidenten Duarte, der nach seiner Wahl von den Militärs abgesetzt, gefoltert und dann in die Verbannung geschickt wurde, ehe man ihn in der Not wieder zurückrief, kämpft einen verzweifelten Kampf gegen die Kräfte der extremen Rechten und der extremen Linken, um Reformen durchzuführen. Ich teile natürlich die Auffassung verschiedener Vorredner, daß dieser Kampf bisher keineswegs immer erfolgreich gewesen ist. Viele Reformen sind nicht durchgesetzt worden. Die Banken-Reform ist noch nicht vollständig vollzogen. Die Agrar-Reform ist erst begonnen worden. Das einzige Werk, das eigentlich vollständig zustande gekommen ist, ist der Friede mit dem Nachbarland Honduras. Aber auch das ist eine beachtliche Leistung dieser Regierung.

Ich möchte meine Meinung klar zum Ausdruck bringen, daß ein Verschwinden der jetzigen Regierung in diesem Lande nur das Ergebnis hätte, daß dann entweder der Extremismus von ganz rechts, die Junta der Großgrundbesitzer und der extremen Militärs, oder der Extremismus von links, der sich in der im Untergrund kämpfenden Befreiungsbewegung zusammengeschlossen hat, zur Macht käme und daß dann die Menschenrechtsverletzungen, die heute schon schwer genug sind, eine exorbitante Zunahme und Verschlimmerung erfahren würden und der Flüchtlingsstrom massiv anwachsen würde. Von daher kann nur eine Unterstützung der gemäßigten Kräfte allmählich zu einer Linderung der schrecklichen Not der Menschen in diesem gepeinigten Land führen.

Es gibt inzwischen erfreulicherweise — ich sage das auch als Christlicher Demokrat — eine Opposition sozialistischer Kräfte, die nicht mit Gewalt, sondern mit friedlichen Mitteln einen Wandel anstrebt. Wenn es gelingt, jene Pläne zu realisieren, die heute weltweit angestrebt werden, international kontrollierte freie Wahlen durchzusetzen und dafür zu sorgen, daß den Rechts- und Linksextremisten in diesem Lande die Macht vollends entzogen wird, dann könnte für dieses Land eine neue, eine bessere, eine glücklichere Zukunft beginnen.

Herr Präsident, ich unterstütze daher lebhaft die Vorschläge, die uns die Kommission für die Flüchtlingsfragen vorgelegt hat. Ich lehne daher die Zusatzanträge wegen ihrer offenkundigen Einseitigkeit ab. — Ich bedanke mich.

Böhm (Melsungen) (CDU/CSU): Herr Präsident! Verehrte Kollegen! Im Verlauf der Debatte ist genau das eingetreten, was ich in Vertretung von Fräulein

Sampaio befürchtet hatte: Es steht nämlich nicht mehr das traurige und schwere Schicksal der **Flüchtlinge in El Salvador** im Mittelpunkt der Diskussion, sondern der Versuch einer Schuldzuweisung. Ich bedaure das in meiner Eigenschaft als Berichterstatter des Ausschusses für Flüchtlingsfragen nachdrücklich.

Die Debatte hier war in etwa ein Spiegelbild der Diskussion, die zunächst auch in unserem Ausschuß geführt worden ist. Aber nach der Auseinandersetzung im Ausschuß kamen wir mit einer Mehrheit von 15 Stimmen bei nur einer Stimmenthaltung zu dem Entschluß, Ihnen aus der Sicht des Flüchtlingsausschusses die Resolution vorzulegen, über die Sie heute zu befinden haben. Nach Abschluß des Diskussions möchte ich allerdings noch einmal darauf hinweisen, daß — auch das hatte ich vorhin gesagt — der Politische Ausschuß und jedes Mitglied dieser Versammlung hier selbstverständlich ihre eigenen Vorstellungen vortragen können. Das haben sie auch getan. Insofern bleibt es jetzt der Versammlung überlassen, darüber ihr Urteil abzugeben.

Ich möchte Sie als Berichterstatter aus der Sicht des Flüchtlingsausschusses noch einmal herzlich bitten, die Resolution unverändert zu lassen, sie so anzunehmen, wie sie Ihnen von der Berichterstatterin, Frau Sampaio, vorgeschlagen worden ist. — Vielen Dank.

EntschlieÙung 751

betr. die Flüchtlinge aus El Salvador

Die Versammlung

1. ist überzeugt, daß die derzeitige politische Lage in El Salvador in den historischen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte dieses Landes wurzelt, in denen ein autoritäres Regime mit Unterstützung der Armee einen sehr starken Druck ausgeübt hat, um die Privilegien bestimmter Gesellschaftsschichten zu schützen;
2. erinnert daran, daß der Militärputsch vom 15. Oktober 1979 das Regime von General Romero gestürzt und eine Regierung an die Macht gebracht hat, die aus zwei Angehörigen des Militärs und drei Zivilisten, die ursprünglich die Oppositionsparteien der Mitte vertraten, zusammengesetzt ist und die eine Amnestie der politischen Häftlinge, die Wiederherstellung der Menschenrechte und die Durchführung einer Agrarreform verkündete;
3. stellt fest, daß diese Regierung ihr Programm nicht wie angekündigt verwirklicht hat, insbesondere aufgrund der bewaffneten Opposition der extremistischen Gruppen, die in den verkündeten Reformen eine Gefahr für ihre Existenz sahen, und vermerkt, daß sich die militärische Präsenz in der Regierung verstärkt hat;
4. stellt fest, daß die Militärjunta ihre Position verhärtet und extensive Unterdrückungsmaßnahmen eingeleitet hat, wovon zahlreiche Privatpersonen, die mit den Kämpfen nichts zu tun haben, betroffen sind;
5. stellt fest, daß der Kampf zwischen diesen Gruppen zu einer Radikalisierung der Positionen und zu einer Eskalation der Gewalt geführt hat;
6. ist über die Eskalation der externen technischen und militärischen Unterstützung besorgt, die die neue amerikanische Regierung der Junta und Kuba den Guerillakämpfern gewähren;
7. ist über die tragische Situation der Bevölkerung bestürzt, die unter dieser heftigen und erbarmungslosen Konfrontation leidet, in der Gewaltakte, Entführungen und Mordanschläge aufeinander folgen, wovon nicht nur die kämpfenden Truppen, sondern auch all diejenigen betroffen werden, die in irgendeiner Weise in Ereignisse hineingezogen werden, an denen sie nicht beteiligt sind;
8. begrüßt die Maßnahmen, die der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen und das Internationale Komitee des Roten Kreuzes mit Unterstützung durch verschiedene andere humanitäre Organisationen zugunsten der Bevölkerung von El Salvador, einschließlich der Flüchtlinge, die in den Nachbarländern um Asyl gebeten haben, durchführen;
9. ist besorgt über die finanziellen Probleme, die mit der Unterstützung dieser Bevölkerung verbunden sind,
10. fordert die Regierungen der Mitgliedstaaten auf:
 - i. die Maßnahmen des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen, des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes sowie der anderen humanitären Organisationen zugunsten der Bevölkerung El Salvadors zu unterstützen;
 - ii. einen Appell an die Regierungen der Nachbarländer von El Salvador zu richten, damit sie ihre Zustimmung zur Aufnahme von Flüchtlingen aus El Salvador geben und die Maßnahmen der oben erwähnten humanitären Organisationen erleichtern und unterstützen;
 - iii. zu appellieren
 - a) für die Einstellung aller Interventionen und Einmischungen in die inneren Angelegenheiten des Volkes von El Salvador;
 - b) an die beteiligten Parteien, die Regierung und die in der Demokratischen Revolutionären Front (FDR) vereinigte Opposition, damit sie einen konstruktiven Dialog einleiten, der eine Einigung über die Beendigung des zerstörerischen Krieges, dessen Opfer das Volk von El Salvador ist, ermöglicht und diesem Volk die Aussicht auf ein Leben in Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit eröffnet.

- iv. durch geeignete Mittel sicherzustellen, daß die Regierung von El Salvador sowie alle politischen Kräfte dieses Landes:
 - a) die Menschenrechte respektieren, einschließlich des Rechts, das Land zu verlassen, sofern dies gewünscht wird;
 - b) die Aktivitäten des Roten Kreuzes und der Personen, die unter dem Schutz dieser Organisation stehen, erleichtern.

Tagesordnungspunkt:

**Die Prüfung der Beglaubigungsschreiben
und die Dauer des Mandats der Mitglieder
der Versammlung**

(Drucksache 4704)

Berichterstatte: Abg. Heger